

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 42

Duisburg, den 15. Oktober 1932

33. Jahrgang

Unsere 13. Generalversammlung in Königswinter



Wir berichteten schon in der vorigen Nummer unseres Verbandsorgans über den Verlauf unserer 13. Verbandsgeneralversammlung und gaben den Kollegen Kenntnis von dem von der Verbandsleitung erstatteten Berichte.

Der zweite Verhandlungstag

wurde eröffnet mit dem

Bericht der Rechnungs-Kommission,

den der Kollege Burgarth (Duisburg) erstattete. Die erfolgten Revisionen gaben zu Beanstandungen keinen Anlaß. Die Kassenführung befindet sich in bester Ordnung. Redner stattete dem Hauptkassierer Hegemann den Dank ab und beantragte Entlastung.

Dem Antrag wurde einstimmig entsprochen. Dann setzte die

Generalausprache

über die Berichterstattung der Verbandsleitung ein. Die Ausprache stand auf einer beachtlichen Höhe. Neben der scharfen Kritik an den von der Regierung Papen erlassenen Notverordnungen wurde zu den schwebenden Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik Stellung genommen. Die Arbeit der Verbandsleitung und die von ihr — auf Grund der von der Saarbrücker Generalversammlung gegebenen Vollmacht — getroffenen Notmaßnahmen fanden volles Verständnis und allgemeine Zustimmung.

Den Reigen der Diskussionsredner eröffnete

Kollege Burgarth (Duisburg):

Gelegentlich der Saarbrücker Generalversammlung konnten wir nach dem Bericht der Verbandsleitung mit Ueberzeugung sagen: „Seit Bestehen des Verbandes haben wir noch nie so große Erfolge auf dem Gebiete der Lohnentwicklung, der Arbeitszeitfrage und Ausbau des Verbandes aufzuweisen wie in der Berichtszeit von 1925 bis 1928.“

Diese günstige Entwicklung erhielt schon einen furchtbaren Schlag einige Wochen nach der Generalversammlung durch die Riesenausperrung in Nordwest. Dieser Kampf hatte außer der finanziellen Auswirkung vielseitige Bedeutung:

1. Die christlichen Metallarbeiter standen wie eine Mauer unerschütterlich im Kampfe.
2. Ohne fremde finanzielle Hilfe konnten wir den Kampf führen.
3. Die Unternehmer beugten sich vorbehaltlos einem Schiedsspruch des sozialistischen Ministers Severing.
4. Ein führender Herr der Unternehmerseite erklärte, der entstandene Schaden sei so ungeheuer, daß eine Ausperrung in unserer Industrie als ein unbrauchbares Kampfmittel betrachtet werden muß.
5. Die Metallarbeiter des Reviers sind geheilt von der irrigen Meinung, in der Großindustrie könnten keine Kämpfe geführt werden.

Die durch harten Kampf erzielten Verdienste konnten leider nicht lange gehalten werden.

Wir haben einen Kleinkrieg bis zur Erschöpfung geführt, um in allen

Abteilungen die
achtstündige Arbeitszeit

wieder einzuführen, leider nicht mit vollem Erfolg. Den Hauptwiderstand fanden wir natürlich bei den Unternehmern, zum Teil auch in den betrieblichen Einrichtungen, aber in vielen Fällen bei den Arbeitern, welche bei jeder Gelegenheit die Lohnausgleichsfrage in die Debatte warfen. Seit dem Abflauen der Konjunktur ist die Stimmung bezüglich Arbeitszeit noch schlechter geworden, und jeder sagt sich, könnten wir doch nochmals unsere tarifliche Arbeitszeit ausnützen. Diese Einstellung ist verständlich, denn in keinem anderen Bezirk sind die

Verheerungen der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit

so schlimm wie in unserem Bezirk. In den Betrieben der Nordwestlichen Gruppe beträgt die Arbeiterzahl zur Zeit noch 101 000. Es wurden also 85 000 Arbeiter abgebaut, das sind rund 48%. Die heute noch in Arbeit Befindlichen haben im Durchschnitt eine Arbeitsmöglichkeit von 30,1 Stunden pro Woche. Vielfach erhalten die Arbeiter in unserem Bezirk zu ihrem verdienten Lohn eine zusätzliche Unterstützung aus der Wohlfahrtseinrichtung der Kommune.

Durch die Rationalisierung und Zusammenballung in Riesenkonzernen war das Werksterben furchtbar. Die ältesten Spezialwerke, welche ohne Zusammenlegung bestimmt heute noch in Betrieb sein könnten, wurden zum Teil schon 1929 und 1930 in einen Trümmerhaufen verwandelt. Die Rationalisierung nahm Formen an, als ob die deutsche Industrie die ganze Welt mit Eisenerzeugnissen versorgen müsse. Der Lohnanteil der Arbeiter fiel um ein Beträchtliches, hingegen stieg der Maschinenlohn ins Unermeßliche. Hier liegt eine der Hauptursachen des Zusammenbruchs. Seit einiger Zeit bemüht sich die Unternehmerpresse nachzuweisen, daß die Gewerkschaftsführer zu dieser überspannten Rationalisierung getrieben hätten. Ich verweise darauf, daß unser Verbandsorgan häufig Gelegenheit nahm, die Frage zu besprechen, ob der Aufwand an Maschinen (Maschinenlohn) im richtigen Verhältnis zum Arbeiterlohnanteil steht.

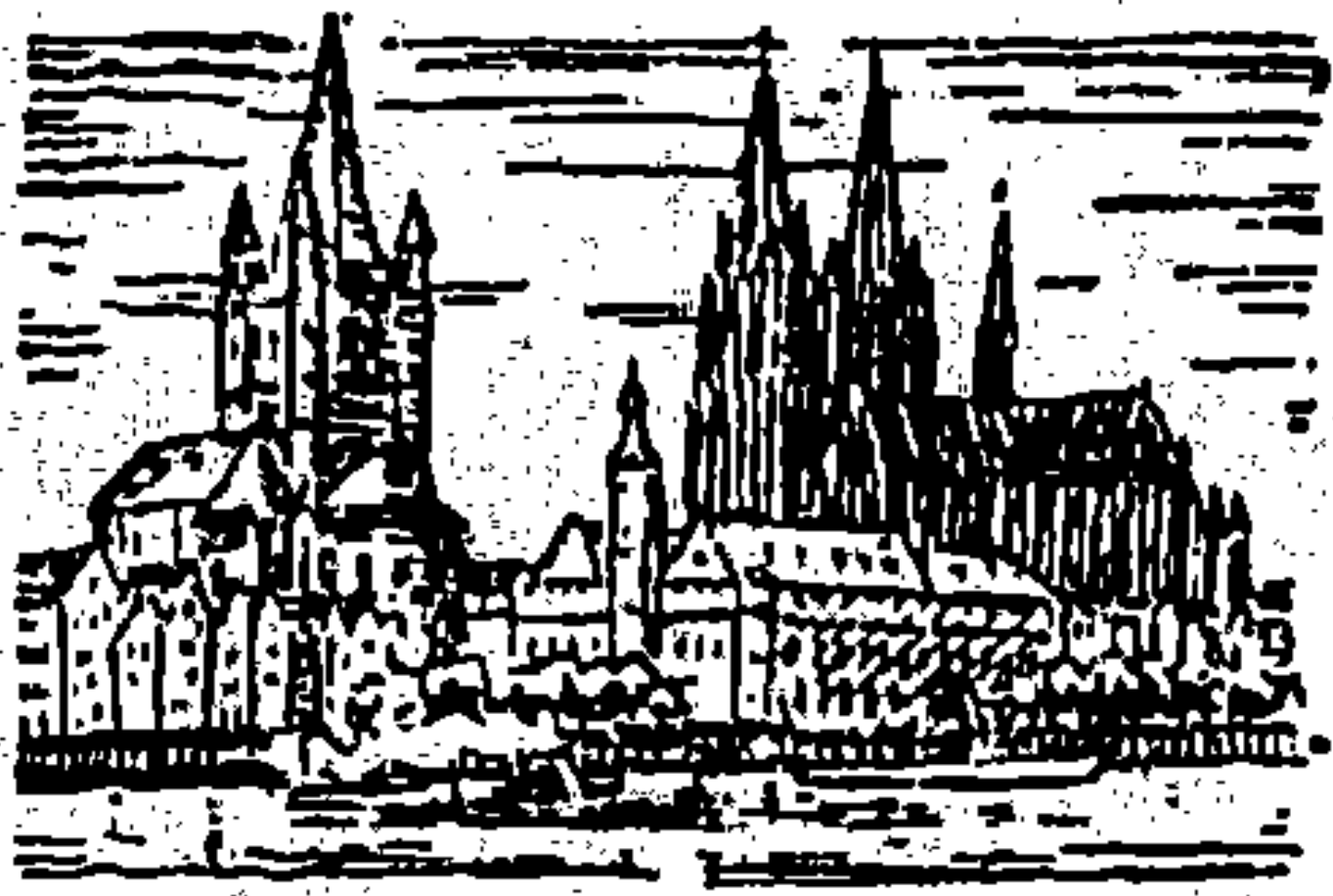
Die Auslöcherung der Großkonzerne ist angedeutet worden. Die Durchführung würde wenigstens ein schwacher Versuch sein, dem Empfinden der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Die Unternehmerpersönlichkeit und Initiative würde dadurch wieder in den Vordergrund gerückt und dadurch der Existenzkampf auch des Unternehmers als Person wieder zur Belebung der Wirtschaft eingespant.

Kollege Burgarth ging dann auf die in letzter Zeit wieder stark in den Vordergrund getretene Frage der Verstaatlichung von Kohle und Eisen ein und beleuchtete die Licht- und Schattenseiten. Zur Sozialversicherung führte er dann weiter aus:

Zur Sozialversicherung möchte ich mich nicht eingehend äußern, jedoch darauf aufmerksam machen, daß die gewaltigen Verbesserungen auf diesem Gebiete von den Arbeitern als eine Selbstverständlichkeit hingenommen wurden, ohne dabei zu bedenken, daß die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung mit denen im Parlament befindlichen eine riesige Arbeit leisten mußten und heute zur Abwehr der Verschlechterungen ihre ganze Kraft einsetzen. Es ist irrig, wenn die Arbeiterschaft glaubt, an diesen Einrichtungen sei nichts mehr zu rütteln. Trotz der

Die Generalversammlung

unseres Verbandes tagte dieses Mal am deutschen Rhein. Nach langer feindlicher Besatzung wurde das Rheinland erst Mitte 1930 von den daraus entspringenden furchtbaren Leiden und Bedrückungen erlöst. Der deutsche Rhein ist wieder frei, wenn auch Frankreichs Flagge im Gegensatz zu früher an den Masten mancher Schleppzuges weht. Wir zeigen unseren Kollegen in dieser Nummer im Bilde einige der schönsten Plätze von den Ufern des Stromes und aus dem schönen Rheingau.



Köln am Rhein

bereits erfolgten Verschlechterungen ist bei der Sozialversicherung noch sehr vieles zu verteidigen oder zu verlieren.

Die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung hat Formen angenommen, daß von einer Versicherung nicht mehr gesprochen werden kann. Es besteht wohl noch die Beitragspflicht beim Versicherten, nicht aber die Leistungspflicht des Versicherungsträgers. Die Prüfung der Bedürftigkeit ist mit einem Versicherungsverhältnis nicht zu vereinbaren. Dieser Mißstand muß auf das entschiedenste bekämpft werden, um so mehr, weil andere Versicherungszweige über kurz oder lang ähnlichen Gefahren ausgesetzt sind. Ich denke hier besonders an die Invalidenversicherung, deren Einnahmen in den letzten Jahren ganz erschreckend zurückgingen und die Ausgaben beachtlich stiegen. Die riesigen Leistungen konnten nur durch eine gewisse Selbstverwaltung hochgehalten werden. Schon jetzt macht sich der hemmende Einfluß der Staatsregierung stark bemerkbar, so daß für die Invalidenversicherung das Schlimmste zu befürchten ist. Die Arbeiterorganisationen müssen daher dieses Gebiet mehr als bisher als ihren Aufgabekreis betrachten und behandeln.

Kun noch einige Sätze zu unserer eigenen Sache. Unser Versammlungsweisen muß eine Besuchspflicht in sich bergen. Alle Versammlungen sind zu besuchen. Wer in einem Jahr eine bestimmte Anzahl Versammlungen ohne ausreichenden Grund nicht besucht, muß für das nächste Jahr ganz oder teilweise von dem Genuß der Unterstühtungen ausschneiden. Hiermit möchte ich gleichzeitig eine Abwendung von der Unterstühtungsart durch zweckmäßigen Umbau empfehlen, wobei die Schlagkraft der Organisation als oberstes Gesetz schärfstens in die Erscheinung treten muß. Grundsätzlich muß jede Unterstühtungsart, außer der Kampfunterstühtung, bei Erreichung eines prozentualen Hochjahres automatisch ausgeschaltet werden, denn bei Gefahren für die Existenz des Verbandes ist es wie bei einem Unwetter: man muß sorgen, das Kernstück, das heißt das Leben, zu retten, um nach dem Unwetter mit ganzer Kraft auf den Plan zu treten.

Kollege Piel (Saarbrücken)

legte ein starkes Bekenntnis der Treue der Metallarbeiter-schaft an der Saar zum deutschen Volksstaat ab.

Wenn französische Kreise heute immer wieder auf die heutigen innerpolitischen Vorgänge in Deutschland hinweisen, so sagt die christlich-nationale Arbeiterschaft:

Wir wollen doch zurück zum Reich, — wenn uns die heutigen innerpolitischen Zustände auch nicht passen!

Dieser bedingungslose Rückkehrwille hindert uns aber nicht, nein, er verpflichtet uns sogar dazu, von jeder Regierung, ob „Präsidentenklub“ oder auch vom Vertrauen des Volkes getragen, zu verlangen, daß die ethischen und sozialen Gebote des Christentums in Politik und Wirtschaft nicht mit Füßen getreten werden. Christlich, Sozial und National sind für uns untrennbare Begriffe.

Gerade die von der Völkerbundregierung im Saargebiet seit ihrer Einsetzung angewandten Präsidentenmethoden sind es, die uns u. a. die Rückkehr nach dem Reich noch schärfer erscheinen lassen, als es die Bande des Blutes, der Kultur und Sprache ohnehin als selbstverständlich erscheinen lassen. Wir verabscheuen diese Regierungsformen, weil sie vielleicht für Keger passen, nicht aber für das Volk der Dichter und Denker und der schaffenden Arbeiter.

Ebenso wenig aber wie dies im Saargebiet der Fall war und ist, wird die christliche Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und unser Verband im besonderen es ablehnen, die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft jeder Regierung zu Gehör zu bringen und ihre vollste Berücksichtigung zu fördern. Soweit politische Parteien sich ohne Hintergedanken der Arbeiterinteressen annehmen, sind wir ihnen dankbar; wir denken auch nicht im entferntesten daran, unseren Mitgliedern parteipolitische Abstinenz zu predigen.

Gerade die Saararbeiterschaft, besonders die in Hütte und Schacht, erinnert sich noch mit Grausen der parteipolitischen Leibeigenschaft, die erst durch das Aufkommen der christlichen Gewerkschaften gebrochen wurde. Wir fordern aber, daß über der Parteipolitik die gewerkschaftliche Standesarbeit nicht vergessen wird.

Diese gewerkschaftliche Arbeit ist angesichts des wirtschaftlichen Niederganges, in welchen auch das Saargebiet einbezogen wurde, notwendiger als je. Hinzu kommt, daß auch die gewerkschaftliche Tätigkeit vielgestaltiger wurde als zu Zeiten gutgehender Wirtschaft.

In der Lohnfrage befinden wir uns ebenso wie Sie in der Abwehr. Sozialpolitisch werden die im Reich durchgeführten Verschlechterungen von der Völkerbundregierung restlos übernommen. Eine Ausnahme besteht nur bezüglich des Abbaues der Beamtengehälter. Die Arbeitslosigkeit unterscheidet sich keineswegs in ihrem Ausmaße von den Zuständen im Reich. Die Zahl der Beschäftigten ist von 200 000 im Jahre 1927 auf 135 000 zurückgegangen.

Es klingt nun geradezu paradox, dürfte aber sonstwo nicht besser sein, daß bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen die gewerkschaftliche Standesarbeit stärksten Hemmnissen ausgesetzt ist. Eigentlich sollte es umgekehrt sein: je größer die Not, desto energischer der Wille der Arbeiterschaft zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe. Gewiß, der Christliche Metallarbeiterverband ist auch heute noch die stärkste Hütten- und Metallarbeiterorganisation im Saargebiet. Trotz übelster Schmutzkonzurrenz im Beitrags- und Unterstühtungsweisen seitens gewisser Organisationen hat sich der weitaus überwiegende Teil der Grubenmetallarbeiter der Saargruben den Christlichen Metallarbeiterverband als Berufsorganisation gewählt, nicht zu ihrem Schaden.

Trohdem stehen aber noch Zehntausende von Metallarbeitern in Hütte, Werk, Grube und Handwerk der Organisation, dem Christlichen Metallarbeiterverband, fern. Das Interesse der saarländischen wie auch der reichsdeutschen Montanarbeiterschaft aber erfordert gebieterisch, daß diese Unorganisierten dem Verbands zugeführt werden.

Kollege Schümmer (Köln)

beschäftigte sich in seinen Ausführungen mit der Frage der Mitgliederbewegung und stellte als Ursachen für den Mitgliederrückgang folgende Punkte heraus:

Verminderter Zugang an Neuaufnahmen — Verkennung des Wertes der Gewerkschaften und ihrer Leistungen — Lethargie der Arbeiterschaft.

Dazu führte er aus:

Wir müssen vor allen Dingen die Quellen verstopfen, die von der Ueberlebtheit der Gewerkschaften reden, die Quellen, die schon seit Jahr und Tag an der Arbeit sind, Mißtrauen zwischen Führer und Mitglieder zu säen. Diese Ministerarbeit wurde zuerst begonnen von den Kommunisten, die auch bis zur Stunde auf Geheiß von Rußland weitergeführt wird. Es kamen dann dazu noch sogenannte Ueberchristen, Menschen, die in der Kritik auch nicht vor den schlimmsten persönlichen Verunglimpfungen zurückschrecken, die zwar von der Notwendigkeit besonders der christlichen Gewerkschaften viel redeten und schrieben, die aber in jeder Nummer einen Adam Stegerwald oder sonst einen Führer verschlangen, denen das Wort „Arbeiterverräter“ noch geläufiger war als den Kommunisten, die in der allerniedrigsten und demagogischsten Art die Arbeiter aufbehten.

Die verräterische Kritik dieser Menschen, die bis zur Stunde auch nicht das geringste an positivem Erfolg aufweisen können, hat weiter nichts zuwege gebracht als eine radikale, nur kritisierende, schwer enttäuschte Arbeitergruppe, deren ganze Weisheit in dem Schimpfen über die Bonzen besteht.

Das Geschimpfe von unten, das heißt von den Radikalen von links, fand recht bald seine Nachbeter und eifrigen Nachfolger von rechts. Eine willfährige Arbeitgeberpresse und Arbeitgeber Syndiz überboten sich in der Verunglimpfung der Gewerkschaften und ihrer Führer. Den Gewerkschaften und ihren Führern wurde die Hauptschuld an dem Vorhandensein der Krise zugeschoben. Wenn dann noch in den „Deutschen Führerbriefen“ den Unternehmern die Zerschlagung der Gewerkschaften empfohlen wurde, da der jetzige Augenblick dazu günstig sei, dann war das die praktische Schlussfolgerung des kommunistischen Wollens, die Folge der negativen, persönlichen Kritik.

Beurteilt man aber dieses gekennzeichnete Gesamtverhalten, dann birgt es die zwingende Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation in sich.

Die Verkennung und Mißachtung der gewerkschaftlichen Tätigkeit war ein weiteres Hindernis in der Mitgliederentwicklung. Dadurch, daß die Mitglieder ihren Verband, seine Tätigkeit, die Arbeiten seiner Funktionäre und die Erfolge zu wenig kennen und die Errungenschaften ihnen zu mühe- und opferlos zugefallen sind, achten sie auch den Verband zu wenig. Die Nichtachtung führt zur Nichtanerkennung der Standesbewegung und unterbindet die Werbetätigkeit.

Im weiteren Verlauf ging Redner auf die Tätigkeit auf tarifvertraglichem Gebiete und dem des Rechtshubes ein. Wir berichteten über die Erfolge auf diesen Gebieten stets ausführlich im Verbandsorgan. Redner fuhr dann fort:

Als letzte und Hauptursache der rückläufigen Mitgliederbewegung nenne ich die eingetretene Lethargie, die geistige Erschlaffung der Arbeiterschaft.

Diese geistige Erschlaffung kommt am meisten zum Ausdruck, wenn man immer und immer die Krise für den Mitgliederrückgang für den schlechten Werbeerfolg verantwortlich macht. Dann weiter in der ständig wiederkehrenden Behauptung, daß in der Krise die Gewerkschaften für die Arbeiter nichts tun könnten, und was noch eine schlimmere Redensart



Ruine Ehrenfels

Ist, daß der Arbeiter nichts mehr zu verlieren habe. Die vorgebrachte Tätigkeit mit all ihren Erfolgen, die wachsenden gewerkschaftlichen Aufgaben gerade in der Krisenzeit und vor allen Dingen die sich breit machende Reaktion strafen all diese Redensarten Lüge.

Gerade das Wollen der Reaktion und ihr Kampf gegen die Gewerkschaften, der niemals verstummt war, der aber gerade jetzt stärker in die Erscheinung tritt, bringt uns klar zum Bewußtsein, was wir noch alles zu verlieren haben.

Der Kampf um die Freiheit, Gleichberechtigung und Achtung des Arbeiterstandes wird nicht zum Siege geführt mit dem politischen Stimmgabel allein, sondern in erster Linie mit einer starken christlichen Gewerkschaftsbewegung, mit einem an Mitglieder starken und finanzkräftigen Christlichen Metallarbeiterverband.

**Von Bedeutung waren die Ausführungen des
Kollegen Kreil (Berlin), M. d. RWR.**

Er führte aus:

Die Arbeitslosigkeit hat die Metallindustrie mit am stärksten betroffen. Vom März 1928 bis März 1932 ist die Arbeitslosenziffer in ihrer Gesamtheit gestiegen um 271%, in der Metallindustrie aber um 489%. Die Hauptursachen für die ungewöhnliche Steigerung dürfte in der besonders überspitzten Rationalisierung, in den Ausfuhrhemmungen und der vollständigen Unlust zu Reinvestierungen liegen.

Mit Reinvestierung ist auch bei einem Anziehen der Konjunktur in wesentlichem Umfange nicht zu rechnen, da der heutige Produktionsapparat schon so ausgebaut ist, daß er dem Bedarf jeder Hochkonjunktur gewachsen ist. Neue Gelder in den Produktionsapparat zu stecken, ist eine unverantwortliche Geldverschwendung.

Bei dieser Sachlage dürfte man von jeder Regierung erwarten, daß sie bei ihren Maßnahmen

die besondere Lage der Metallindustrie nicht außer acht läßt,

sind doch in guten Zeiten über 3 Millionen Personen darin beschäftigt. Wir müssen jedoch feststellen, daß die Interessen der Metallindustrie von der derzeitigen Regierung vollkommen mißachtet werden.

In normalen Zeiten arbeiten wohl an eine Million Metallarbeiter für den Export.

Diese Exportmöglichkeit zu pflegen wäre eine der wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Bis vor nicht langer Zeit war die Regierungspolitik auch darauf eingestellt, jetzt aber arbeitet man mit einem neuen Schlagwort. Früher hieß es: Deutschland muß wegen seines Handels „Weltgeltung“ haben oder „die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Wasser“. Jetzt verfällt man ins gegenteilige Extrem, man schwärmt für Autarkie, d. h., einer sich selbst genügenden Volkswirtschaft. Man muß staunen, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird. Entweder hatten die Regierungen der Vorkriegszeit einen geistigen Defekt oder die gegenwärtige. Ich neige zur letzteren Auffassung.

Wir wollen die
Bedeutung der Landwirtschaft

Sowohl bevölkerungspolitisch wie auch marktpolitisch nicht gering einschätzen. Wir als Metallarbeiter haben aber alle Veranlassung, und zwingt uns der Selbsterhaltungstrieb dazu, uns gegen die einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft, im Gegensatz zur Industrie mit aller Entschiedenheit zu wenden.

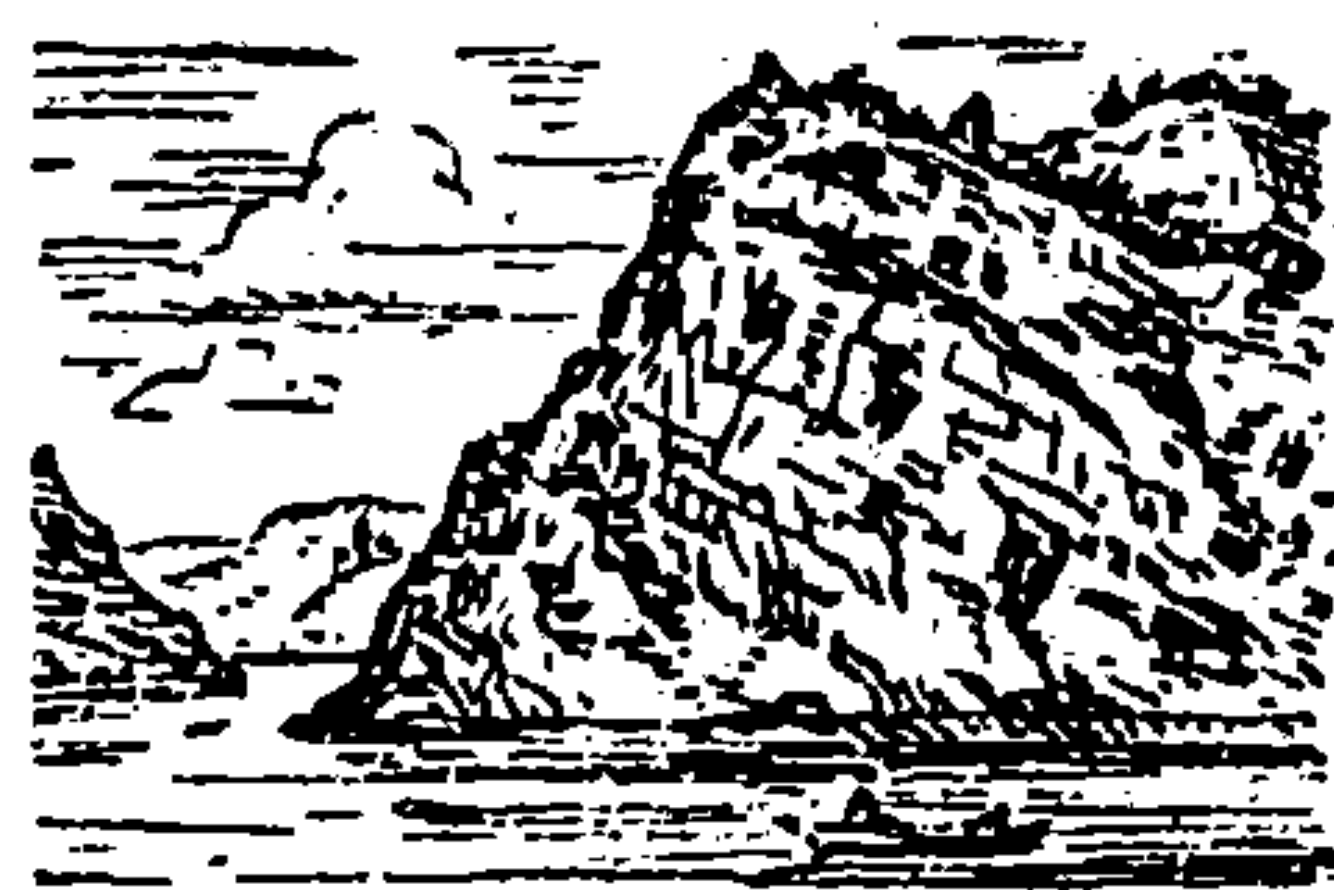
Es wird heutzutage vielfach daran Kritik geübt, daß in Deutschland eine so große Industrie aufgebaut worden sei. Diese Kritik zeugt von einer großen Gedankenlosigkeit. Man kann wohl schärfste berechnete Kritik an der falschen Standortverteilung der Industrie üben, aber nicht an ihrem Bestehen. Es war sicher ein Fehler der Vergangenheit, die Menschen aus ihrer Heimatsholle zu entwurzeln und sie in die Großstädte zusammenzupferchen. Die Industrie selbst dagegen hat aber ihre große Berechtigung. Es wird nämlich im Eifer des Gefechtes die Richtigkeit des Sahes vergessen,

daß Deutschland in früherer Zeit nur die Wahl hatte, entweder eine große Industrie aufzubauen und Waren zu exportieren oder aber Menschen zu exportieren.

Jetzt plötzlich sollen alle diese Wahrheiten nicht mehr richtig sein. In Deutschland lebten im Jahre 1800 an 23 Millionen Menschen, jetzt 65 Millionen. Die Landwirtschaft allein, auch in Verbindung mit einer industriellen Autarkie, unter Verzicht auf Export, wäre noch nie in der Lage gewesen, eine solche Bevölkerung zu erhalten und sie auf den Kulturstand der Gegenwart zu bringen. Ich unterschätze die Bedeutung des



Koblenz: Deutsches Ed



Loreley

heimatliches Marktes nicht. Er dürfte 80 bis 85% der gesamten Gütererzeugung aufnehmen und hat volkswirtschaftlich überragende Bedeutung.

Von der Industrieerzeugung gingen aber im letzten Jahre 35,5% nach dem Ausland, die Landwirtschaft dagegen nahm nur 19,7% der Erzeugung auf.

Zudem werden die einzelnen industriellen Wirtschaftszweige durch die Regierungsmaßnahmen im Sinne der Autarkiebestrebungen unterschiedlich außergewöhnlich stark betroffen, insbesondere die Metallindustrie. Gegenwärtig entfällt die Hälfte der Beschäftigung des deutschen Maschinenbaus auf die Ausfuhr. Die Eisen- und Metallindustrie hatte in den wichtigsten Warengruppen eine Ausfuhr im Jahre 1913 von 2668 Millionen, 1929 von 3980 Millionen, 1930 von 4167 Millionen, 1931 von 3360 Millionen.

Wenn man zum Vergleich stellt, daß die gesamte deutsche Roggenernte einen Wert von zirka 1200 Millionen RM. hat, dann kann man sich über die Bedeutung der Größenordnung des Exports von Eisen- und Stahlwaren klar werden.

Auch wir wünschen eine Gesundung der Landwirtschaft. Falsch aber ist, diese Gesundung mit einem immer stärkeren Anziehen der Zollschraube erzwingen zu wollen. Die beste Garantie für günstige Preise für landwirtschaftliche Erzeugung ist eine ausreichende Kaufkraft der Arbeiterschaft. Ich möchte den Verbandstag nicht vorüber gehen lassen, ohne auf die Gefahren der gegenwärtigen Handels- und Zollpolitik für unsere Metallarbeiter hinzuweisen. Diese Gefahren zu bannen, wäre eine gemeinsame Aufgabe von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es zeigt sich hier wieder der Mangel einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft. Da sie nicht besteht, möge die Verbandsleitung nicht unterlassen, die Interessen der Metallarbeiter auf diesem hier behandelten Gebiete gegenüber der Regierung mit Entschiedenheit zu wahren.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich Redner ausführlich mit der Frage der Frauenarbeit in der Metallindustrie, die in den letzten Jahren gewaltig zugenommen habe.

Ich bin natürlich nicht so unvernünftig, die Arbeiterinnenarbeit an sich zu bekämpfen. Aber wir müssen den Bestrebungen der Unternehmer, aus mammonistischen Gesichtspunkten heraus, selbst verheiratete Arbeiterinnen einzustellen, den verheirateten Mann aber arbeitslos zu machen, stärker begegnen.

Ueber die Gründe, warum die Arbeiterin bevorzugt wird, brauche ich mich nicht zu verbreiten. Sie dürften hier bekannt sein. Größere Willfährigkeit und insbesondere ihre Einstellung als billige Arbeitskraft sind die Hauptgründe. Wenn wir diesen Mißbrauch bekämpfen, dann befinden wir uns in guter Gesellschaft. Auch die neue Enzyklika „Quadragesimo anno“ wendet, nachdem sie einen ausreichenden Lohn für die Arbeiter gefordert hat, sich gegen eine Ueberhandnahme der Frauen- und Kinderarbeit.

Ich bin mir bewußt, daß wir bei diesen Bemühungen, die ich hier dargelegt habe, auf große Widerstände stoßen. Widerstände sowohl beim Gesetzgeber, wie auch Widerstand beim Unternehmertum, die ohne Rücksicht auf die Familien ihre billigen Arbeitskräfte nicht entbehren wollen. Aber wir haben bei der langfristigen Arbeitslosigkeit und den schwierigen Wirtschaftsverhältnissen nur die Wahl, entweder den verheirateten Mann oder die verheiratete Frau ohne Arbeit zu sehen, und da ziehe ich das letztere vor, da es dem Volkwohl dient und dem christlichen Sittengesetz entspricht. In der breiten Öffentlichkeit, abgesehen von den Frauenrechtlerinnen, werden wir unter den gegebenen Umständen wahrscheinlich mit den entschiedenen Vorstößen auf mehr Verständnis stoßen, als allgemein angenommen wird. Ich möchte deshalb die Verbandsleitung bitten, entsprechende Aktionen in die Wege zu leiten.

Allgemein möchte ich sagen, die Arbeiterschaft hat es selbst zum erheblichen Teil in der Hand, ob sie zum Amboss gemacht wird oder Hammer sein will. Sie wird Amboss sein, auf den man draufhaut, wenn sie in der Gleichgültigkeit wie bisher verharrt und glaubt, ausgerechnet sie könnte die Organisation entbehren. Sie wird Hammer sein, wenn sie sich entschlossen zusammensindet und den eisernen Willen hat, an ihrem Aufstieg zu schmieden.

Auf einer beachtlichen Höhe standen auch die Ausführungen des

Kollegen Rummel (Stuttgart).

Dieser in der Automobilindustrie (Daimler-Benz) beschäftigte Kollege gab einen Ueberblick über die wirtschaftliche Verflechtung der in Württemberg beheimateten Industriezweige mit dem Weltmarkt. Insbesondere belegte er die schweren Schädigungen, die allen Industrien infolge der jetzt getriebenen Wirtschaftspolitik entstanden sind. Mehr als ein Drittel der



Bingen: Mäuseturm

Gesamtbevölkerung Württembergs sei in ihrem Wohlergehen vom Schicksal der Ausfuhrindustrien abhängig. Wörtlich führte er unter anderem weiter aus:

Als Antwort auf die von der Reichsregierung schon durchgeführten sogenannten Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft, bestehend in Hochschutzzöllen und Kontingenten, ist das Ausland zu Gegenmaßnahmen übergegangen. Ich erinnere hier als Beispiel an den deutschen Butterkrieg gegen Dänemark und die weiteren Wirkungen auf Holland. Die Smünder Edelmetall-Industrie exportierte vor dem Kriege 50 bis 60 Prozent ihrer Erzeugung, während 1929 der Exportanteil nur noch 20—25 Prozent betrug und inzwischen weiter zurückgegangen ist. Dänische Juweliere lehnen die deutschen Feingehaltszeichen ab, um dem Publikum nicht zu zeigen, daß es sich um deutsche Waren handelt. Bisherige dänische Vertreter deutscher Silberwarenfabriken haben inzwischen englische Vertretungen übernommen. Das dänische Geschäft war nach dem Kriege unter großen Opfern aufgebaut worden, es wird jetzt bei der konservativen Gesinnung der Dänen auf Jahre hinaus verloren sein. Gegenüber dem Jahre 1930 ist der Export inzwischen auf die Hälfte zurückgegangen. Die in England zunächst erwartete wachsende Ausnahmebereitschaft für Uhren, die einige kleine Fabriken vom Schwarzwald zur Abwanderung nach England veranlaßte, schlug in der Hauptsache fehl. Die englische Kaufkraft wanderte alsbald zu anderen Artikeln ab. Auch die Uhren-Industrie stellt fest, daß die dänische Bevölkerung bei Uhreneinkäufen sich nach der Herkunft der Fabrikate erkundigt und deutsche Uhren ablehnt. Die Ausfuhr ging mengenmäßig ebenfalls um 20 bis 25 Prozent zurück. Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit wenden gegen die Autarkiebestrebungen der Reichsregierung mit ihren Ausflüssen. Dieser Weg bedeutet keine Hilfe für die Landwirtschaft, sondern Verelendung der Käufer und Verstärkung der Arbeitslosigkeit.

In Südwestdeutschland steht die Wiege der deutschen Automobilindustrie, ja man kann sagen, des Autos überhaupt. Ich brauche hier nur zu nennen die Namen Benz und Daimler. Auf der Erfindung des Benzin-Motors baut gleichzeitig auf der Flugzeug- und Luftschiffbau. Auch hier darf ich an die hervorragenden Namen Graf Zeppelin, Maybach und Dornier erinnern, ebenso an den Namen Robert Bosch.

Die Arbeitslage in der Automobilindustrie muß als rückläufig bezeichnet werden. Seit Jahren haben wir in unserem Betrieb (Daimler, Benz, Untertürkheim) Kurzarbeit mit einer Arbeitszeit von 2, 3 und 4 Tagen in der Woche. Nur in der Saisonzeit von März bis Juni, teilweise Juli, betrug die Wochenarbeitszeit verschiedentlich 40 bis 44 Stunden. Gegen Frühjahr kommen die neuen Modelle auf den Markt und der Absatz der Automobile wird vorwiegend in dieser Zeit getätigt. Hieraus ist auch die Frage entstanden, ob nicht die Autobetriebe in bestimmtem Umfange als Saisonbetriebe angesehen werden können.

Das Besondere in der Automobilindustrie ist die durchgeführte Rationalisierung. Wohl kaum in einem anderen Industriezweig ist diese mit einer solchen Schärfe erfolgt und sind auch die Preise der Erzeugnisse in einem Maße herabgesetzt worden, wie es in der Automobilindustrie der Fall war. Der Preisstand der Automobile steht gegenwärtig auf etwa der Hälfte des Vorkriegspreises, ja teilweise noch darunter. Die starke Rationalisierung hatte tiefgreifende nachteilige Einwirkungen auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter sowie die Arbeits- und Lohnverhältnisse. Die ausländische Konkurrenz tat im Ausland und Inland das übrige dazu. Sie gestaltete auch die Frage, ob aus der kostspieligen Rationalisierung auch ein entsprechender Massenabsatz für die deutsche Autoindustrie zu erwarten ist, zu einem schweren Existenzkampf. Im Gegensatz zu der Agrarpolitik kann man nicht behaupten, daß die deutsche Automobilindustrie, die auch in nennenswertem Umfange Schlüsselindustrie ist, einen besonderen Schutz und Förderung erfahren hat. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Eroberte sich einst der deutsche Qualitätswagen die Welt, so war es nach 1924 der deutschen Automobilindustrie kaum mehr möglich, mit der starken kapitalkräftigen amerikanischen Kraftfahrzeug-Industrie zu konkurrieren. Durch die Zollnovelle 1925 sollte der deutschen Automobilindustrie durch Einführung eines sogenannten Erziehungszolles eine Schutzfrist gegeben werden. In rascher Folge wurde der anfängliche Zollsatz von 250 RM pro 100 Kilogramm auf 75 RM ermäßigt. Unter Berücksichtigung des Zolles für Einzelteile entsprach dieser Zollsatz einem durchschnittlichen Wertzoll von etwa 17%. Demgegenüber betrugen die Zollsätze des Auslandes 25 bis 65% des Wertes. Das Problem wurde nicht so sehr Preisproblem, sondern ein Problem des Absatzes. Wir haben daher eine gewisse Sicherung gegen die ausländische Konkurrenz gefordert, damit die deutsche Automobilindustrie wieder einen Markt und damit gesicherte billigere Produktionsmöglichkeiten erhält. Also keine Erhöhung der Preise, sondern marktmäßige Erweiterung. Wir stehen damit in einem Gegensatz zu den Forderungen der „Ordnung Front“, der es lediglich ankommt auf höhere Agrarpreise ohne Rücksicht auf die gesunkene Kaufkraft der Verbraucher. Gerade die

Automobilindustrie mußte und muß sich dieser gesunkenen Kaufkraft anpassen.

Das Kraftfahrzeug ist durch die wirtschaftliche Entwicklung eine An gelegenheit geworden, die nicht mehr wie früher lediglich als ein Privileg reicher Leute angesehen werden darf. Das Automobil ist modernes Verkehrs instrument von höchster Bedeutung. Es hiesse die Entwicklung künstlerisch rückwärts schrauben, wollte man die Grundlage moderner wirtschaftlicher Verkehrsverhältnisse hier übersehen. Aber auch hier muß man sagen, daß das Automobil in seiner Entwicklung gehemmt, ja unterdrückt wird. Sowohl aus finanziellen Gründen, wie um die Konkurrenz des Autos gegenüber der Reichsbahn zu schwächen, hat man dem Automobilbesitzer fortgesetzt steigende Belastungen auferlegt. Ich nenne hier die hohe Kraftfahrzeugsteuer, die Zollbelastung der importierten Treibstoffe, die Ausgleichsabgabe und Preisangleichung der inländischen Treibstoffe, den Spritbeimischungs zwang. Man hat hier nicht nur eine hohe Kraftfahrzeugsteuer gemacht, sondern auch den Treibstoff verteuert und durch den Spritbeimischungs zwang verschlechtert, was auch für die Betriebserhaltung des Autos nachteilig ist. Dazu kommen die Unterbindungen des Auto-Güterferntransportes durch den Genehmigungszwang.

Kollege Konrad (Nürnberg), M. d. L.,

setzte sich mit den Bestrebungen der Reaktion auseinander.

Die Reaktion ging gegen 3 Säulen der sozialen Ordnung vor.

Gegen die Sozialpolitik wurde der Angriff auf der politischen Plattform vorgetrieben. Mit welchem Erfolg, ist aus den Notverordnungen der Regierung Papen bekannt, deren Einseitigkeit auf Kosten der Arbeiter und Armen und durch Milliarden-Subventionen an die bestehenden Schichten auf der anderen Seite einzig dasteht.

Unverständlich erscheint der Kontrast zwischen einer Reichstagsmehrheit von 91% gegenüber von 7%, die nur hinter der Reichsregierung standen. Unverständlich vor allem, daß sich eine Regierung ohne Volk mit wiederholter Reichstagsauflösung behaupten konnte.

Das politische Kräfteverhältnis wird vielfach deshalb falsch beurteilt, weil man nur die eine Seite der parlamentarischen Kräfte sieht. Die andere Seite, der gewaltige Apparat um Reich, Länder, Städte und Gemeinden, die Bürokratie, die Rechtsprechung, die Reichswehr, die Wissenschaft, die Schulen, befindet sich personell zu einem übergroßen Anteil in Händen von Führern, die dem Herren-Regiment näher stehen als dem sozialen Staat. Daneben steht die Großmacht des Geldes der Scharmacher und Herrenkaste für die Wahlen, für die Presse, sowie ein Meer von Syndizt usw.

Auf diesen Hintergrund der politischen Kräfte habe ich deshalb hingewiesen, weil diese Kräfte auch wirksam waren vor der Regierung Papen und nach Papen nie restlos beseitigt werden können.

Wir müssen in die Lage kommen, das Gegengewicht der gewerkschaftlichen verstärkten Rüstung für die Sozialpolitik in die Waagschale zu werfen.

Der 2. Angriff der Reaktion richtet sich gegen die kollektive Regelung des Arbeitsvertrages. Gegen die bisherige Lohnpolitik. Die Ausschaltung der Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen und die Entlassung des Berliner Schlichters Wissell war die 1. Etappe der Regierung Papen, die ungeheuerliche Forderung der Tarife durch Notverordnung die 2. Etappe, und die Rückkehr zum individuellen Arbeitsvertrag und damit zur willkürlichen Lohnfestsetzung durch den wirtschaftlich stärkeren Arbeitgeber, das letzte Ziel der Reaktion. Die bisherige Auswirkung dieser Lohnpolitik wurde aufgezeigt.

Der 3. Angriff der Reaktion richtet sich gegen die Führung der Gewerkschaften. Das Schlagwort „Bonze“ charakterisiert diesen Kampf. Hierbei fand die Reaktion die Hilfe der gewerkschaftsfeindlichen Kommunisten und Nationalsozialisten.

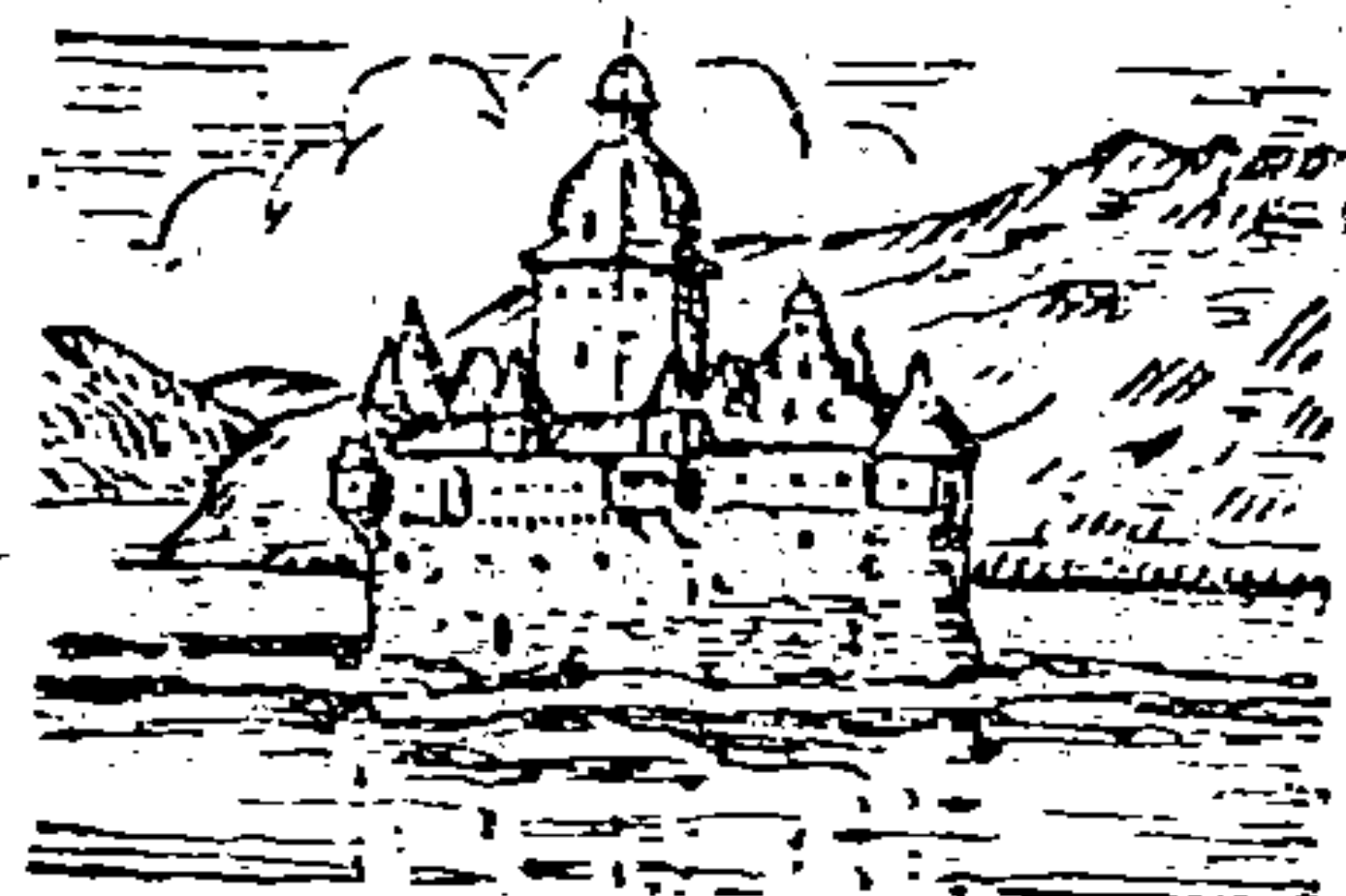
Unsere Mitarbeiter wissen um die Vielheit der gewerkschaftlichen Arbeit und die Verlogenheit dieser Agitation der Reaktion. Wir müssen aber gegenüber den Verleumdungen für Aufklärung sorgen.

Kollege Granrath (Elbing)

schilderte die durch die Abtrennung Ostpreußens vom Reich entstandenen furchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ostpreußens und besonders auch Danzigs, besonders soweit die Industrie in Frage kommt.

Die Mächte haben Danzig aus der politischen, zollrechtlichen und wirtschaftlichen Einheit des deutschen Reichsgebietes gelöst, weil sie der Meinung waren, daß „es kein anderes mögliches Mittel gebe, Polen den freien und sicheren Zugang zum Meere zu verschaffen.“

Polen gewann damit einen neuen, zwar kleinen, aber kaufkräftigen Absatzmarkt; Danzig verlor einen nach der Bevölkerungszahl doppelt so



Caub: Die Pfalz

großen, nach der Konsumkraft einen um ein Vielfaches größeren Absatzmarkt. Auf diesem neuen Markt fehlte Danzig eine Grundbedingung des Erfolges: gleiche Lasten und gleiche Chance, aus verschiedenen Gründen. Danzig fand nicht Anlehnung und Ergänzung, sondern Konkurrenz, und zwar Konkurrenz zu ungleichen Bedingungen:

Konkurrenz:

1. für seine Landwirtschaft in dem Ueberschußgebiet Polens,
2. für seinen Handel und Verkehr in dem vor seinen Toren neu errichteten polnischen Hafen Gdingen,
3. für seine Industrie in den neuen polnischen Unternehmungen, die Polen in dem Streben nach Autarkie mit allen Formen der Staats-hilfe (Subventionen, Ausfuhrprämien, Steuer- und Zollvergünstigungen, Zwangssyndikate usw.) errichtet und gefördert hat;

zu ungleichen Bedingungen:

1. Vorbelastung Danzigs mit den dem Kulturstand seiner arbeitenden Schichten entsprechenden höheren Löhnen, höheren Speziallasten,
2. Vorbelastung mit einem Zollrecht, daß von Polen allein gesetzt und einseitig durch polnische Interessen bestimmt ist,
3. Bevorteilung der polnischen Unternehmungen durch die exekutive Zentralinstanz bei der Gewährung von Zollermäßigungen, insbesondere innerhalb des polnischen Systems der Staffeltzölle, Vergünstigungen, Zollvergütungen, Ausfuhrprämien usw.,
4. Bevorteilung der polnischen Unternehmungen durch einseitige Bewilligung von Kontingenten ein- und ausfuhrverbotener Waren, während die Danziger Reservatrechte auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhrbewilligung durch Einführung prohibitorischer Zollzuschläge ausgehöhlt werden,
5. Benachteiligung der Danziger Unternehmungen durch den privaten amtlich geduldeten Boykott von Danziger Waren in Polen und der Danziger Verkehrseinrichtungen.

Ohne im einzelnen auf diese Punkte näher einzugehen, kann jedoch als Wirkung dieser Nachteile in ihrer Gesamtheit festgestellt werden:

1. für die Arbeitgeber aller genannten Berufsstände der Verlust der Rentabilität, in weiterer Folge Verlust der Substanz des Betriebsvermögens und zunehmende Stilllegung der Betriebe,
2. für die Arbeitnehmer Erwerbslosigkeit, Ende Mai 1932 noch 31 847 Erwerbslose = 25% der Danziger erwerbstätigen Bevölkerung (im März 36 500),
3. für den Staat Steuerausfall und Belastung mit Ausgaben der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsfürsorge in Höhe von voraussichtlich mindestens 32 Millionen Gulden im laufenden Rechnungsjahr bei einem Gesamtetat des Staates von 83 Millionen und der Kommune Danzig von 53 Millionen Gulden.

Gewiß soll nicht verkannt werden, daß Polen in der jetzigen großen Wirtschaftskrise auch nicht glänzend dasteht und um das Gleichgewicht seiner Zahlungsbilanz und die Erhaltung seiner Währungsdecke kämpfen muß. Es zeigt sich jedoch immer mehr, daß im Verhältnis Danzig zu Polen in wirtschaftlicher Hinsicht Danzig immer der am meist belastete und gefesselte und der am meisten geschädigte Partner ist.

Für Ostpreußens Wirtschaft hat der Versailler Vertrag in seiner Auswirkung ebenfalls verheerend gewirkt. Infolge des fehlenden Auslandsgeschäftes ist an einer Belebung der Großindustrie wohl kaum noch mal zu denken. In der großen Industriestadt Elbing ist unsere Metallarbeiter-schaft gezwungen, sich in anderen Industriezweigen eine neue Existenz zu suchen. An dieser harten Tatsache wird auch eine Wiederbelebung der Wirtschaft kaum wesentliches ändern können. Eine zielbewusste Ostpolitik kann hier für Ostpreußen zwar manche Entspannungen bringen. Soll grundlegender Wandel geschaffen werden, so muß das

Unrecht von Versailles

wieder gutgemacht und das uns widerrechtlich entrissene Gebiet, das man mit dem schönen, aber an sich unwahren Wort „Korridor“ bezeichnet, dem deutschen Staatsverbande wieder zugeführt werden. Un-erlässlich ist auch eine zielbewusste Siedlungspolitik aus wirtschaftlichen und auch nationalen Gründen. Nicht verkannt werden soll, daß wichtige Arbeit schon geleistet worden ist. Von der jetzigen Reichsregierung ver-langen wir als Bürger der vom Mutterlande abgetrennten Ostlande, daß

Auftakt zur Werbearbeit

war unser Verbandstag in Königswinter. Er gab neue Schwungkraft, Ziel und Richtung. — Jedes Mitglied muß nun alle Kraft einsehen. Eiserner Wille und zähe Energie bringen den Erfolg. Hier der Beweis:

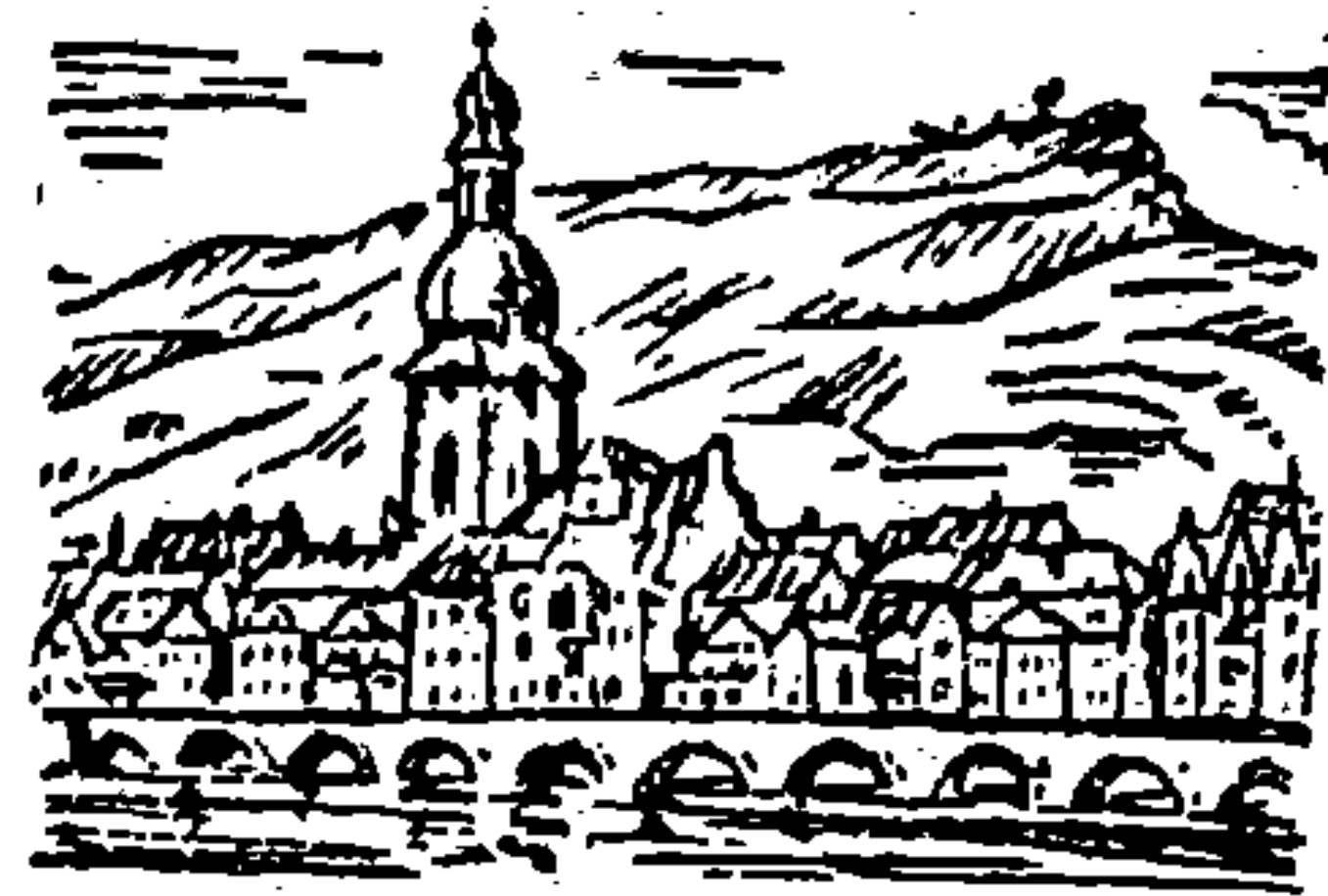
Die Ortsverwaltung **Ahlen i. W.** erzielte durch Hausagitation im September 40 Neuaufnahmen. Weiter melden:

Menden im September 22 Neuaufnahmen,

Reheim im September 21 Neuaufnahmen.

Ein Bravo den wackeren Kollegen!

Wer macht's nach?



Zell an der Mosel

sie nicht aus Rücksicht auf einige Großjunker diese große nationale Auf-gabe für unser Volk vernachlässigt, sondern mit Nachdruck das begonnene Werk vollendet. Eine Gesundung der Landwirtschaft des Hauptindustrie-zweiges Ostpreußens, von dem auch große Teile der von uns als Metall-arbeiter vertretenen Berufen in erhöhtem Maße mit interessiert sind, kann nicht erreicht werden, wenn wir dem Verbraucher der landwirt-schaftlichen Güter die Möglichkeit zur Abnahme der Landserzeugnisse nehmen oder immer mehr beschneiden.

Kollege Nolte (Kiel)

führte aus:

Die gesamte Werstindustrie leidet unter den Bestimmungen, die durch den verlorenen Krieg über Deutschland verhängt wurden, ganz besonders. Sämtliche Seeschiffswerften, in der Vorkriegszeit eingestellt auf Kriegs-schiffsbau, der jetzt bekanntlich verboten ist, leiden unter andauerndem Auftragsmangel, der eine besonders ausgedehnte Erwerbslosigkeit nach sich zieht. Allein die Kieler Werften, früher mit einer Belegschaftsziffer bis zu 24 000 haben heute noch rund 4500 Beschäftigte aufzuweisen. Der größte Teil der Kleinindustrie, die durch Aufträge von den Werften ihre Beschäftigungsmöglichkeit fanden, leiden jetzt mit den Werften. Eine Um-stellung der Werftbetriebe auf andere Industriezweige ist schon auf Grund der baulichen Beschaffenheit derselben schwer durchzuführen. Und so ist vorläufig mit einer wesentlichen Besserung der Wirtschaftslage in der Werstindustrie nicht zu rechnen.

Und doch lassen wir an der Wasserfront den Mut nicht sinken. Nach dieser Zeit des Niederganges muß auch wieder eine Zeit des Aufstieges kommen, und dann wollen wir mit den Kollegen im Westen, Süden und Osten gemeinsam für die Wiedererstarkung unseres Verbandes Sorge tragen.

Kollege Alef (Hagen)

machte interessante Ausführungen über die Strukturwand-lungen und Standortwanderung der Industrie des Sauer- und Siegerlandes:

Kleine und Mittelbetriebe sind von den Großkonzernen der Schwer-eisenindustrie aufgenommen bzw. angegliedert worden. Sie fielen der Rationalisierung zum Opfer und liegen seit langem still. So ist das industriell stark durchsehte Sauer- und Siegerland langsam zugrunde gerichtet worden. Wo einst blühende Gemeinden zu finden waren, grassiert heute die Armut. Diese Entwicklung ist um so trauriger, als heute wieder der Ruf ertönt: „Zurück aus der Großstadt auf das Land!“ Das Problem „Stadttrandsiedlung“ wird aufgeworfen. Im Sauer- und Siegerland hatten wir bisher eine gesunde Mischung von industrieller, gewerblicher und landwirtschaftlicher Bevölkerung. Auch hatten wir das, was man unter „Siedlung, Stadttrandsiedlung“ heute anstrebt. Jeder oder fast jeder Arbeiter hatte sein kleines Eigentum mit Garten und kleinem Acker. Diese Leute kämpfen heute einen furchtbaren Kampf um die Erhaltung ihres Eigentums.

Wir fordern Abhilfe! Es geht nicht an, daß man auf der einen Seite Siedlung treiben will und auf der andern Seite, wo dieses Ziel bereits aus eigener Kraft erreicht ist, alles zugrunde gehen läßt.

Kollege Weisp (Darmstadt)

rechnete in scharfer Weise mit der sozialpolitischen Reaktion ab. Folgender Fall sei festgehalten:

Eine 79jährige Witwe, die eine arbeitslose Tochter noch mitzuunter-halten hat, wurde bei dem Spruchauschuß in Dieburg vorstellig, um ihre large Unterstützung, die monatlich 22 RM beträgt, zu erhöhen. Dieser Spruchauschuß fällt folgenden Spruch:

Hessisches Kreisamt, Dieburg

Bezirksfürsorgestelle.

Dieburg, den 2. August 1932.

Betr. Unterstützung der Barbara Kieß, Wwe., zu Münster.

Der Spruchauschuß hat in seiner Sitzung vom 28. Juli 1932 folgenden Beschluß gefaßt:

Der Einspruch wird mangels Bedürftigkeit als unbegründet abgewiesen. Es wird der Beschwerdeführerin anheimgestellt, sich nach Arbeit um-zusehen.

Unterschrift: Seufohn.

Dieser nichtzuverstehende Spruch hat mich veranlaßt, im Hessischen Landtag einen Antrag zu stellen, daß zu solchen Spruchauschüssen Ge-werkschaftsvertreter hinzuzuziehen sind. Erfreulicherweise hat die hessische Regierung zugestimmt.

Dieser Spruch ist aber ein mahnendes Zeichen, wie heute gewisse Kreise in der Bürokratie eingestellt sind. Aber er zeigt auch, wie notwendig es



**Schloß Gondorf
an der Mosel**

Ist, daß solche Vorkommnisse im Verbandsorgan durch Bilder der Öffentlichkeit wiedergegeben werden. Wir müssen deshalb unserem Schriftleiter Dank sagen für das, was er in Schrift und Bild im Verbandsorgan in der Verteidigung der Arbeiterrechte getan hat.

Kollege Gröne (Essen)

berichtete über die besonders schwierige Lage der Essener Metallindustrie.

Im Verwaltungsbereich der Ortsverwaltung Essen des Christlichen Metallarbeiterverbandes waren im Jahre 1929 36 000, im Jahre 1931 16 000 Metallarbeiter beschäftigt. Von den Beschäftigten arbeiten die meisten kurz. Die Firma Krupp hat sich sehr schnell auf friedliche Waren umgestellt. In der Maschinenindustrie ist sie heute mit führend. Die Krise hat sich auch hier schwer ausgewirkt.

Die Arbeiterzahl im Registrierkassenbau ging von 1200 auf 260 zurück.

In der Lokomotivfabrik, in der im Vorjahre noch 6000 Mann beschäftigt waren, sind heute nur noch 620 Mann in Kurzarbeit tätig.

Auch das Kleingewerbe und die Kleinindustrie im Bereich der Ortsverwaltung Essen sind heute schlecht beschäftigt. Im Bereich der Ortsverwaltung Essen sind 700 Kleinbetriebe vorhanden. In den Handwerksbetrieben des Kleingewerbes waren vor zwei Jahren 1500 Mann, gegenwärtig sind noch 100 Gehilfen beschäftigt, also auch hier Arbeitslosigkeit im größten Ausmaße.

Trotz dieser Krise hat sich die Ortsverwaltung Essen des Verbandes gut gehalten, aber der größte Teil ist arbeitslos. Auch die arbeitslosen Kollegen zahlen noch regelmäßig freudig ihre Beiträge.

Kollege Kirchner (Sildesheim).

Seinen Ausführungen sei folgendes entnommen:

Eine gewisse Gefahr für unsere Gewerkschaftsarbeit liegt in den fortwährenden politischen Wahlen. Welche Kreise des Volkes, auch der Arbeiterschaft, geben sich dabei dem Glauben hin, daß es nach der Wahl nun endlich „anders“ wird. Dieser Glaube ist auch da noch immer vorhanden, wo er eigentlich durch den wiederholten Wechsel der Regierungen zerstört sein sollte. Wir haben in Thüringen, Braunschweig und Sachsen schon kommunistische, sozialistische, deutschnationale und seit einiger Zeit nationalsozialistische Regierungen gehabt, aber „anders“ ist es auch nicht geworden.

Im übrigen ist der Einfluß und die Bedeutung der Gewerkschaften doch noch größer, als viele unserer Kollegen glauben. Selbst die Regierung Papen muß noch einen Unterschied in der Bewertung zwischen politischen Parteien und Gewerkschaften machen. Diese Regierung hat die Volksvertretung jetzt zum zweiten Male nach Hause geschickt und versucht, im Rundfunk unaufhörlich die politischen Parteien zu degradieren. Dagegen hat sie es doch noch für notwendig gehalten, durch ihren Sprecher auf dem vor einigen Tagen stattgefundenen Düsseldorfer Kongreß der christlichen Gewerkschaften verkünden zu lassen, daß „die Gewerkschaften in unserem Wirtschaftsleben heute nicht mehr fortzudenken sind“. Auch die Sozialisten schätzen heute die Gewerkschaftsarbeit höher ein als das Parteiwesen. Auf dem vor kurzem stattgefundenen Verbandstag des sozialistischen Metallarbeiterverbandes mußte Redakteur Kummer bekennen, daß „die Gewerkschaften sich mehr auf die Erfüllung ihrer eigenen, der wirtschaftlichen Aufgaben beschränken sollten, weil das für die Sache der Arbeiterbewegung viel förderlicher ist“.

Die Mitgliederzahl in unserem Bezirk konnten wir von 2729 im Jahre 1928 auf 4127 Ende 1931 steigern.

Ferner sprachen noch die Kollegen Lenz (Hagen), Rühler (Essen), Wilmermeier (Gütersloh), Stumm (Eschweiler), Schwarz (Ludwigshafen), Steffen (Saarbrücken) und Breil (Düsseldorf).

Nach Schluß der Generaldebatte über den Bericht der Verbandsleitung erstattete dann

Professor Dr. Theodor Brauer

sein Referat:

Mittel und Wege zur Behebung der Wirtschaftskrise.

In den ihm eigenen sachlichen und von hohen ethischen Gesichtspunkten getragenen Darlegungen ging der Redner den wesentlichen

nationalen und internationalen Ursachen der Krise

nach, um ihnen gegenüber zu zeigen, ob und mit welchen Mitteln denselben entgegengewirkt werden kann. Dabei legt er besonderen Wert darauf, darzutun, was die Gewerkschaften von sich selber aus tun können und zu tun haben; ebenso aber auch auf die Verpflichtungen, die sich aus ihrer volkspolitischen Stellung und Bedeutung für ein planmäßiges Zusammengehen mit den übrigen Schichten der Bevölkerung ergeben. Seine Ausführungen gehen aus von der

Zerreißung aller Produktionszusammenhänge

durch den Krieg, die unter dem Friedensdiktat stehende Nachkriegsentwicklung, die Verzweiflungstat der Inflation und den stürmischen Vorwärtsdrang eines unerhörten ökonomischen Imperialismus. Von solcher Betrachtung aus ergibt sich im Uebermaß Gelegenheit, die Schwierigkeiten der Neuorganisation einer so besonders exponierten Volkswirtschaft, wie es die deutsche ist, mit Nachdruck zu unterstreichen. Da werfen sich in neuer Form die alten Fragen auf:

Agrar- oder Industriestaat?

Selbstgenügsamkeit oder Offenheit gegenüber den treibenden Kräften der Weiterentwicklung? usw. Die Gewerkschaften werden nur dann ihre verantwortungsvolle Aufgabe durchführen können, wenn sie in vollem Umfange diesen Zusammenhängen auch in ihrer Arbeit Rechnung tragen. Indem die christlichen Gewerkschaften von allem Anfang an sich auf den Boden der Gewerbesolidarität stellten, haben sie sich für die gemeinsame Durchführung einer auf den Gang und die Notwendigkeiten der Entwicklung abzielenden Gemeinschaftsarbeit eingestellt; ihre Tagespraxis richtet sich bewusst auf die Anpassung an die damit sich ergebenden Bedingtheiten und Pflichten. Zugleich arbeiten sie damit planmäßig an der Schaffung jener Vertrauensbasis im deutschen Volke, ohne die eine Gesundung, sei es im Staat, sei es in der Gesellschaft, sei es vor allem in der Wirtschaft, einfach undenkbar ist.

Am Ende seiner Ausführungen sprach Brauer über die von ihm vertretene

berufsständische Idee,

deren Ziel es sei, den Menschen nach seiner tatsächlichen Leistung im Beruf zu werten, ihn des Segens seiner Arbeit teilhaftig werden zu lassen und ihm auch die gesellschaftliche Achtung zu sichern, auf die er als tüchtiger, fleißiger Arbeiter Anspruch hat. Brauer schloß mit der Mahnung an alle, an sich und an anderen Kollegen zu arbeiten, Persönlichkeitspflege zu treiben. Gute Charaktere brauche die Gewerkschaftsbewegung. Der Kampf um die Gleichberechtigung könne nur dann erfolgreich sein, wenn sich die Arbeiterschaft auch die Gleichachtung erzwingt.

Der Redner erntete reichen Beifall. Der Vorsitzende Kollege Schmitz dankte dem Referenten für seine ausgezeichneten Ausführungen. Er unterstrich den Appell des Redners, an der Veredelung der Gesinnung des Menschen zu arbeiten.

Dritter Verhandlungstag

Zu Beginn der Verhandlungen erstattete der Vorsitzende Kollege Schmitz (Duisburg)

den

Bericht der Kommission für die Vorbereitung der Anträge,

dem folgendes entnommen sei:

Die Kommission habe, wie die Generalversammlung als Ganzes, unter dem tiefen Eindruck der gegenwärtigen Lage des Verbandes und der heutigen schwierigen Wirtschaftslage gestanden. Die Gewerkschaften müßten sich darauf einstellen, daß in den nächsten Jahren vielleicht um die elementarsten Grundrechte der Arbeiterschaft gekämpft werden müsse. Deshalb müsse sich die Generalversammlung der Bedeutung der gegenwärtigen Stunde bewußt sein.

Die Zahl der gestellten Anträge und ihr Umfang sei ein Beweis für das lebhafteste Interesse der Mitgliedschaft am Verbandsleben. Viele Anträge zeugten auch für das hohe Verantwortungsbewußtsein der Kollegen. Dieser Verantwortung war sich auch die Kommission bewußt, so daß alle Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden. In der Kommission wurde der Grundsatz aufgestellt: Keine Ausgabe ohne Deckung!

Um die großen Aufgaben der Zukunft meistern zu können und zur Sicherstellung unserer Altersinvalidenunterstützung ist eine starke Auffüllung unseres Reserve- und Kampffonds unbedingt erforderlich. Die



Cöchem an der Mosel

Kommission schlägt vor, heute noch keinen Abbau der Altersinvalidenunterstützung vorzunehmen, obwohl die Senkung der Verbandsbeiträge das gerechtfertigt hätte und das auch wohl erforderlich gewesen wäre. Aber es darf auch nichts geschehen, was eine weitere Belastung der Verbandsfinanzen hervorrufen würde. Die Kommission war auch der Ansicht, noch nicht einen Abbau der Kampfunterstützungen, der Streik- und Maßregelungsunterstützung vorzunehmen. Es sei bei allen Kampf- bewegungen besondere Umsicht am Platze. Der Reichsarbeitsminister hat in Düsseldorf gesagt, daß die Gewerkschaften aus dem Wirtschafts- leben nicht hinwegzudenken seien. Diese Anerkennung der Gewerkschaften ist gut, aber man kann von den Gewerkschaften die Innehaltung ihrer tarifvertraglichen Friedenspflicht nur verlangen, wenn die Gewerkschaften den Inhalt der Tarifverträge mitbestimmen können. Wir müssen den Willen in uns tragen, uns zu wehren.

Sodann muß die Generalversammlung schärfsten Einspruch erheben gegen jede jahungswidrige Beitragsentrichtung. Zukünftige Beitrags- schinderei soll durch mehrjährige Unterstützungsperre geahndet werden, in besonders trassen Fällen durch Ausschluß aus dem Verband und Be- kanntgabe im Verbandsorgan. Wir müssen unter allen Umständen zu einer Sebung der Beitragsmoral kommen.

Nach dieser ausführlichen Begründung trug Kollege Schmidt die von der Kommission vorberatenen Anträge auf Satzungs- änderungen vor, die nach gründlicher Aussprache von der Generalversammlung in großer Einmütigkeit angenommen wurden. Die betreffenden Beschlüsse bezüglich des Beitrags- und Unterstützungswesens wurden bereits in der vorigen Nummer des Verbandsorgans veröffentlicht.

Kollege Mauer (Duisburg)

nahm dann das Wort zur Begründung der der General- versammlung vorliegenden Entschliefungen.

In kurzen, prägnanten Zügen ging Redner auf die Einzel- heiten ein und geißelte die Mißstände, auf die in den einzelnen Entschliefungen hingewiesen ist und deren Abstellung zu fordern sei. Er brachte die Entschliefungen zur Verlesung, und diese fanden die beifällige Aufnahme und die restlose Zustimmung der Generalversammlung.

Darauf verbreitete der Jugendleiter

Kollege Föcher (Duisburg)

sich über die Werbemöglichkeiten gerade unter den jungen Metallarbeitern und gab im Anschluß daran wertvolle Finger- zeige über die bisherige Entwicklung des freiwilligen Arbeits- dienstes. Die ausführliche Wiedergabe seiner Ausführungen erfolgt in der nächsten Nummer des „Hammer“.

Kollege Kurth (Duisburg)

Schilderte die Lage der Bezirke, in denen die Großeisenindustrie heimlich ist. Seinen Ausführungen sei folgendes entnommen:

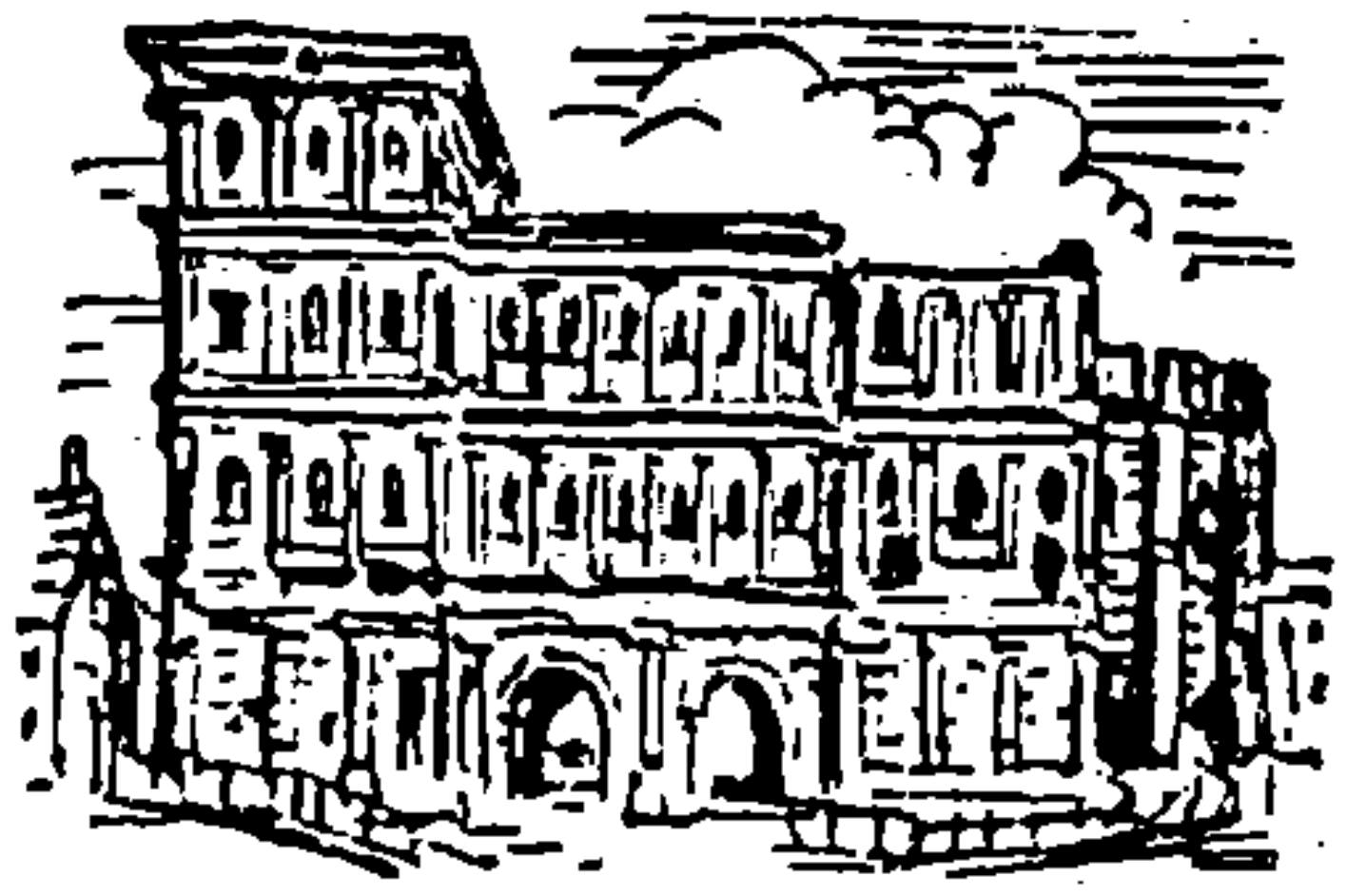
Die Konjunktur wurde von einer Krise in niegekanntem Ausmaße abgelöst. Wenn auch alle Bezirke Deutschlands schwer heim- gesucht werden, so dürften doch die Schwerindustrie und die Bezirke, in der die Schwerindustrie beheimatet ist, am schwersten betroffen sein. Hierfür liefern ja die Arbeitsämter einwandfreies Material.

Gestatten Sie mir auch einige Zahlen aus meinem Wirkungskreis. Bei der Betriebsratswahl im Jahre 1922 wurden in Duisburg in 42 Be- trieben 45 649 Mann Belegschaft gezählt. 1931 noch 25 Betriebe und 13 093 Mann Belegschaft, die aber inzwischen weiter erheblich redu- ziert wurde. Das Arbeitsamt Duisburg meldet im Monat Juli 65 228 Arbeitsuchende bei einer Einwohnerzahl von 433 000. Dabei sind allein 26 611 aus der Großeisen- und Metallindustrie. Von den 26 611 befinden sich nur 6% in der Arbeitslosenunterstützung, 17,5% in der Krisenunter- stützung und 64% in der Wohlfahrtsunterstützung. 12% erhalten über- haupt keine Unterstützung. Außerdem erhalten 6100 Personen Kurz- arbeiterunterstützung, arbeiten also im Höchsthalle nur drei Tage in der Woche. Ich führe diese Zahlen an, um die Oessentlichkeit auch von dieser Stelle aus erneut auf das bereits bestehende Elend ganzer Stadt- bezirke zu lenken, welches durch die Notverordnungen, besonders der Papienschen, ins Unerträglichste gesteigert wurde, ich möchte behaupten: unnötigerweise gesteigert wurde.

In seinen weiteren Ausführungen ging Redner auf die Stilllegung der Sütte Ruhrort-Meiderich ein und stellte vor allem die außerordentlich weitgehenden Vorschläge der Arbeiterschaft heraus, bei deren Annahme das Werk hätte weitergeführt werden können.

Kollege Sübner (Breslau):

Unsere schlesische Industrie leidet ganz besonders unter der ungünstigen Frachtenbasis. Nur ein einziges Beispiel: Das Waggonwerk Linde-Hof- mann-Busch, Breslau, hat für einen D-Zug-Wagen 3. Klasse an Mehr- fracht für das Material gegenüber Hannover 632 RM und dann noch für den Abtransport bis Hamburg 273 RM, also insgesamt 905 RM, aufzubringen. Diese Vorbelastung soll nun auf Kosten der Arbeiterschaft



Trier: „Porta Nigra“

wettgemacht werden. Der Druck auf die Akfordverdienste war in den letzten Jahren sehr stark.

Kurz etwas zur Lohnentwicklung: Es erhielt der Sacharbeiter in der Industrie ab 1. Juli 1929 0,84 RM, ab 3. Januar 1932 0,68 RM. Das ist der Lohn, welcher ab 23. 8. 1925 gezahlt wurde. In den handwerks- mäßigen Berufen ist der Lohnabbau ein noch viel weitgehender.

Die Bau Schlosser erhielten ab 19. Juli 1929 1,00 RM, ab 20. Sep- tember 1932 0,78 RM; die Installateure ab 1. Juli 1930 1,50 RM, ab 1. September 1932 0,90 RM; die Bauklempner ab 16. Mai 1930 1,28 RM, ab 1. September 1932 0,88 RM.

Es muß festgestellt werden, daß hier bereits sehr weitgehende Abzüge erfolgt sind und weitere Abzüge wohl kaum noch tragbar sind.

Kollege Gerhardus (Olpe):

Die wirtschaftliche Lage des Kreises Olpe ist eine düstere; die Aus- wirkungen der Krise sind geradezu katastrophal. Hier sind nicht nur der allgemeine Konjunkturrückgang, sondern vornehmlich die Struktur und Standortwandlungen die Ursachen des katastrophalen Rückganges.

Für die vom Jahre 1875 von 32 000 auf 64 000 Einwohner im Jahre 1930 angewachsene Bevölkerung erhebt sich die drohende Gefahr, daß ihre Heimat ihnen für die Zukunft keine Arbeit und Existenzmöglichkeit mehr bietet. Im Kreise Olpe waren am 30. April 1932 nur mehr 5825 Per- sonen beschäftigt. Er zählte zur gleichen Zeit 5750 Krisenunterstützungs- empfänger, 5700 Arbeitslosenunterstützungsempfänger, 6200 Wohlfahrts- erwerbslose, 2700 Arme, 1600 Sozialrentner, 200 Kleinrentner. Das sind 22 150 Personen, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt wurden, ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Kreises Olpe.

Von den 12 Feinblechwalzwerken sind heute noch 3 im Betrieb. Mit den Walzwerken steht und fällt die gesamte Weiterverarbeitung, vor allem in den Blechwarenfabriken und Verzinkerelen, aber auch in der Kleinfabrikindustrie und in den Metallwerken. Das bedeutet für die Be- völkerung des Kreises Olpe die Katastrophe.

Eine Belebung der Gesamtwirtschaft wird aber im Kreis Olpe keine entsprechende Behebung der Arbeitslosigkeit bringen, da die frachtliche Vorbelastung von Kohle und Halbzeug die Werke im Konkurrenzkampf dauernd schädigt. Eine Frachtermäßigung, wie sie die oberschlesische Industrie hat, würde auch im Olper Gebiet den Walzwerken Erleichterung schaffen und die Arbeitslosigkeit beheben.

Ich habe schon gesagt, wie groß die Not im Kreis Olpe sich zahlen- mäßig auswirkt. Durch die Reichsnotverordnung vom 14. Juni 1932 sind die Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung und Krisen- fürsorge derartig gesenkt worden, daß die arbeitslose Bevölkerung des flachen Landes das Existenzminimum bei weitem nicht mehr erreicht. Die schematische Festsetzung der Unterstützungssätze nach Ortsklassen und Einwohnerzahl führt zu einer unerträglichen und ungerechtfertigten Be- nachteiligung der Landkreise. Die durch die Notverordnung vom 14. Juni getroffene Regelung läßt jede Rücksichtnahme auf die kinderreichen Familien vermissen. Die Auswirkungen sind geradezu verheerend. So wurden im Monat Juni von der allgemeinen Fürsorge 752 Personen aus der Arbeitslosen- und Krisenversicherung zusätzlich unterstützt. Im Monat August dagegen betrug die Zahl 2056 Personen.

Wir wenden uns mit der dringenden Bitte an unseren Vorstand, bei der Regierung auf Aenderung dieser Hungernotverordnung zu drängen.

Kollege Dubej (Duisburg):

Unbedingt beachtlich für die Beurteilung der gewerkschaftlichen Tätig- keit ist die Tatsache, daß das Tarifvertragswesen bis jetzt gehalten worden ist. Erst seit der Regierungsherrschaft des Herrn von Papen macht sich eine Gefährdung der Tarifverträge bemerkbar. Zwar sagen die heutigen Regierungsmänner, daß der „Begriff“ des Tarifvertrages unangetastet bleiben solle. Jedoch Reichsanzler und Reichsarbeitsminister sollten begreifen, daß es der Arbeiterschaft viel weniger auf den „Begriff“ als auf den Inhalt des Tarifvertrages ankommt. Unter dem Schlagwort von der „Tarifauflockerung“ hat man durch die Notverordnung vom 4. Sep- tember d. J. eine Aushöhlung des Inhalts der Tarifverträge vorge- nommen, so daß die Tarifverträge an Wert verlieren, zumal wenn an ihrer Unabdingbarkeit getüfelt wird.

Auch hat die Regierung Papen in ihrer bisherigen Amtszeit das Zustandekommen der Tarifverträge

erschwert und damit Wasser auf die Mühlen der tarifunwilligen Arbeit- geber geleitet. Zwar gibt man vor, daß die Selbstverantwortung der Ver- tragsparteien gestärkt werden müsse; jedoch durch Nichtanwendung der Verbindlichkeitsverklärung von Schiedsprüchen ist bis jetzt noch keine ver- mehrte Tarifwilligkeit bei Arbeitgebern entstanden. So hat der jahre- lange Kampf von Arbeitgebern gegen das Tarif- und Schlichtungswesen erstmalig bei der Regierung Papen Unterstützung gefunden.

Von den 585 Tarifverträgen, an denen der Christliche Metallarbeiterverband am Jahreschluß 1931 beteiligt war, sind 308 gleich 53% durch freie Vereinbarung zustande gekommen, während nur für 277 gleich 47% die Hilfe der Schlichtungsbehörden in Anspruch genommen wurde. Hier von führten aber 79 Fälle gleich 13% wiederum zur Vereinbarung, so daß nur in 198 Fällen gleich 34% ein Schiedspruch notwendig wurde. Von diesen Schiedsprüchen wurden jedoch 86 gleich 15% von allen Parteien angenommen, so daß nur für 112 Fälle gleich 19% das Verbindlichkeitsverfahren eingeleitet wurde. Auch hierbei kam es in 33 Fällen gleich 6% noch zu einer Vereinbarung, so daß nur in 79 Fällen gleich 13% eine Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen wurde. Aus dieser Aufstellung geht klar hervor, daß nur der achte Teil aller unserer am Jahreschluß 1931 bestehenden Tarifverträge durch die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen zustande gekommen ist.

Während der Regierungsherrschaft des Herrn von Papen ist noch keine einzige Verbindlichkeitsklärung für unsere metallgewerblichen Berufs- und Industriezweige ausgesprochen. Von den 110 Tarifkündigungen, die uns seit Mal dieses Jahres zugehen, führten 73 gleich 66% zur Tarif-erneuerung, und zwar 44 Abschlüsse gleich 40% auf dem Wege der freien Vereinbarung, 4 Abschlüsse kamen durch Vereinbarung vor der Schlichtungsbehörde zustande und 25 Abschlüsse gleich 22% durch allseitig angenommene Schiedsprüche. Jedoch in 37 Kündigungsfällen gleich 34% ist tarifloser Zustand eingetreten bzw. noch kein Abschluß erfolgt, weil die Verbindlichkeitsklärung nicht gehandhabt wird. Das sind die Erfolge der Papen-Regierung, die wahrlich nicht nach sozialem Verständnis aus- sehen.

Seit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit ist noch besonders der tarif-liche Erholungsurlaub ernstlichen Angriffen ausgesetzt gewesen. In diesem und im vorigen Jahre erfolgten viele Tarifkündigungen vornehmlich des- halb, um die Urlaubsbestimmungen zu beseitigen oder wenigstens zu beschneiden.

Am Jahreschluß 1931 betrug in der Metallindustrie im Durchschnitt der Mindesturlaub 3,6 Tage und der Höchsturlaub 8,6 Tage. Im Metall- kleingewerbe bewegte sich der Urlaub durchschnittlich auf derselben Höhe. Nur in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken ging er darüber hinaus. Im Jahr 1932 sind für ein Drittel aller Metallarbeiter Urlaubs- kürzungen erfolgt.

Für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge ist der Erholungsurlaub noch nicht in dem Maße tariflich geregelt, wie es wünschenswert wäre. Es sind nur 42 Tarifverträge, und zwar fast ausschließlich für die Metall- industrie, welche Erholungsurlaub für Jugendliche einschließ- lich der Lehr- linge vorsehen.

Kollege Kaminski (Bremen):

Die Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle Bremen bekundet restlos, daß der Bezug von nichtgewerkschaftlichen Unterstützungen wohl eine kleine Beihilfe gewesen sei. Das sei aber auch das einzige. Entscheidend für sie als Gewerkschaftler sei, das wurde immer wieder betont, daß die gewaltige Summe aller Unterstützungsfälle zu einer finanziellen Aus- höhlung des Verbandes führen müsse und unter diesem Gesichtswinkel betrachtet sie die nichtgewerkschaftlichen Unterstützungen ablehnen müßte. Auch bei ansteigender Konjunktur erscheint es vorerst unmöglich, das Millionenheer der Arbeitslosen überwiegend in den Produktionsprozeß einreihen zu können, bedingt durch die technologische Seite der Arbeits- losigkeit. Werden doch durch die noch unabsehbare technische Entwicklung

ständig weitere Arbeitskräfte freigesetzt, so daß unter Beibehaltung dieser Unterstützungsarten eine gesunde, finanzielle Entwicklung des Verbandes unmöglich erscheint. Aber auch selbst dann müßten die Beiträge der Mitglieder eine Höhe erreichen, die nicht mehr in Einklang zu bringen ist mit den gegenwärtigen Verdiensten, ohne Berücksichtigung der Kurz- arbeit usw. Deshalb begrüßen auch die Mitglieder der Verwaltungsstelle Bremen das Vorgehen der Hauptverwaltung in bezug auf Beseitigung der nichtgewerkschaftlichen Unterstützungen in Verbindung mit einer Senkung der Hauptklassenbeiträge und erwarten von den Delegierten der Verbandsgeneralversammlung, daß sie der gegebenen Situation Rechnung tragen.

Sollte sich die 13. Verbandsgeneralversammlung vorstehende Ausführ- ungen zu eigen machen, dann würde meines Erachtens neues Blut in die Adern des Verbandkörpers fließen, was unbedingt notwendig ist, wenn für die Zukunft die Lebenslage der Metallarbeiterschaft nicht ge- halten, sondern gehoben werden soll.

Kollege Saham (Nürnberg)

setzt sich für die Möglichkeit einer besseren Erfassung der jugendlichen Metallarbeiter, besonders in den Handwerks- betrieben, ein.

Die weiteren Ausführungen der Kollegen D ö l l e r (Osna- brück), B o n g e r s (Homburg a. d. Saar), S l a r a (Sindens- burg OS.), P e t e r s (Rheydt), O t t e n s m a n n (Reheim), S c h r i e v e r (Sörde), D o g t (Mannheim), K r ä m e r (Trois- dorf), S z y m c z a l (Samborn) und L o m b e r g (Köln) ent- hielten noch manchen guten Gedanken und manche begrüßens- werte Anregungen. Wir müssen leider wegen Raummangels die Berichterstattung schließen.

Nach Beendigung der Aussprache trat man in eine kurze Mittagspause ein.

Die Verhandlungen wurden vom Vorsitzenden Kollegen W l e b e r wieder eröffnet und zuerst die eingebrachten Ent- sch l e ß u n g e n zur Abstimmung gestellt. Deren einstimmige Annahme wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Dann folgte die

Neuwahl des Vorstandes.

Der Kollege W l e b e r dankte den Vorstandsmitgliedern für ihre Mühewaltung im Namen des Verbandes. Die Wahl- handlung ergab die

einstimmige Wiederwahl

der bisherigen Vorstandsmitglieder. Neugewählt wurden die Verbandsmitglieder Wilhelm K r a u s (Duisburg) und Hans S a r o ß (Mülheim a. d. Ruhr).



I. Sir Galahad

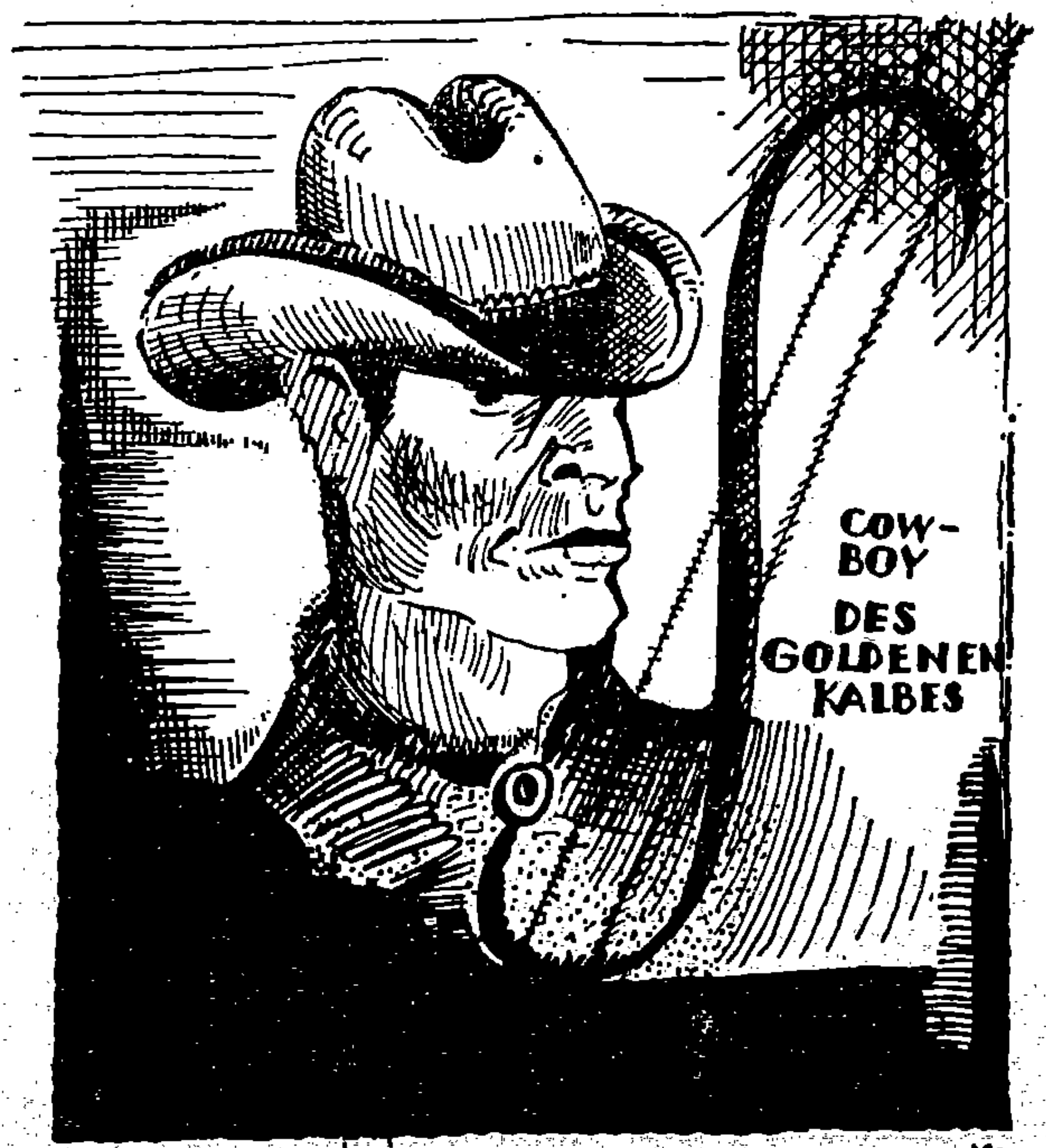
Der Baum der Erkenntnis von Hauße und Baiße.

Wallstreet ist jene Straße, die über 48 Staaten herrscht, und ihre Ge- schichte ist erregender als das Schicksal manches Weltreiches.

In ihren Anfängen steht — moralisch gewertet — eigentlich eine ebenso puritanisch einfache wie ungeheure Gaunerei. Diese Gaunerei springt ans Licht gleich nach der Losreißung Amerikas von England und ist schlicht wie ein Naturymbol. Durch sie hat die junge Union, scharf bewußt, einem fremden Menschentyp in den Sattel geholfen: dem Cowboy des goldenen Kalbes. Halleluja!

Es war — nicht moralisch gewertet — das weitaus beste, was sie damals tun konnte, und kam so: Wie sollten die gewaltigen Mittel für den Unabhängigkeitskrieg aufgebracht werden? Gesunderweise durch chr- liche direkte Steuern. Wer aber kann mit Steuerdruck just einen Krieg zur Befreiung vom Steuerdruck — und darum ging die Sache mit Eng- land ja im Grunde — führen, ohne auf solche Art den Selbentod bedenk- lich zu vergrämen. Also statt Steuerdruck lieber Papierdruck! Eine gewaltige Menge von Gutscheinen, „Continental“ genannt, wurde für Löhnung, Waren, Requirierung ausgestellt, einzulösen, sobald der Staat zahlungsfähig genug geworden war.

Nach dem Krieg zerstreuten sich die Teilnehmer wieder als Farmer über das ungeheure Gebiet, fanden Arbeit, neuen Verdienst, resignierten schließlich, was die „bonds“ betraf, nachdem sie vergeblich versucht hatten, ihre hochnumerierten Makulaturhaufen an den Mann zu bringen.



A.M.

Die Tagesordnung ist erledigt, und der Verbandsvorsitzende Kollege Wieber ergreift das Schlusswort.

Ich stehe vor euch als Vierundsechzigjähriger. Zur Zeit bin ich der einzige der Alten, der mit so hohen Jahren noch an der Spitze einer so großen Organisation steht. Ich denke aber nicht ans Abschiednehmen. Es würde mir wie Fahnenflucht vorkommen, wenn ich jetzt in dieser schweren Zeit von der Führung meines Verbandes zurücktreten würde, dem ich in guten Zeiten vorstand. Was man ein ganzes Menschenalter mit der ganzen Blut seines Herzens erarbeitet und lieb gewonnen hat, davon kann man sich nicht trennen.

Der heutigen Generation sind die schweren grundsätzlichen Kämpfe nicht mehr in Erinnerung, die ich in den ersten Jahren der christlichen Gewerkschaftsbewegung ausfechten mußte. Ich habe diese Kämpfe nur bestehen können, weil meine christlichen Metallarbeiter wie eine Mauer hinter und vor mir standen. Es war von Anfang an etwas unennbar Schönes in unserer Reihen, was man nicht wagen und nicht welegen kann. Das ist durch alle Jahre hindurch geblieben bis auf den heutigen Tag.

Wenn ich als wesentliches Merkmal zur Krisenüberwindung in diesen Tagen gesagt habe, daß das beste Mittel das ist, daß man in alter Treue und in Eintracht zusammenarbeitet, so möchte ich das in dieser Stunde noch einmal unterstreichen. Unsere Generalversammlung in Königswinter verdient größte Beachtung. Wir haben zwar nicht glanzvoll nach außen getagt. Aber das mindert den Wert unserer Tagung nicht. Sie war derart, daß sie vor der Öffentlichkeit auf dem Präsentierteller hätte stehen können. Froh sind wir, daß auch die Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis sich hervorragend an der Mitarbeit beteiligt haben. Sie haben durch ihre Mitwirkung gezeigt, daß sie nicht nur geistig beachtlich gewachsen sind, sondern daß auch ihr Verantwortungsbewußtsein stärksten Proben standhalten kann. Das ist eine Frucht der jahrzehntelangen Gewerkschaftsarbeit, auf die wir ganz besonders stolz sind.

Mit starker Ueberzeugung sprach Kollege Wieber dann von der Bedeutung und der Kraft der christlichen Religion. Sie sei für den Aufstieg der Arbeiterschaft nicht nur stärkste Basis und sicherster Ausgangspunkt, sondern auch die beste Waffe. Deshalb ist das Fundament der christlichen Gewerkschaftsbewegung auch so stabil. Und alle, die rechts und links von uns und ohne christliche Grundsätze gegen uns stehen, haben diese sichere Fundamentierung nicht. Wo am meisten über Freiheit und Brüderlichkeit geredet wird, da hat man sich noch stets am heftigsten die Köpfe eingeschlagen. Es ist heute notwendiger denn je, darüber nachzudenken.

Kollege Wieber dankte allen Kongreßteilnehmern für ihre Mitarbeit bei der anstrengenden Tätigkeit, die die Hauptversammlung verlangte. Es komme nun darauf an, die Versammlung im Lande voll zur Auswirkung zu bringen. In die Regierung richtet er die Mahnung, daran zu denken, daß sie dauernd nicht gegen die Arbeiter regieren könne. Nach einem kurzen Rückblick über die parteipolitische Zerrissenheit in unserem Volke sprach Kollege Wieber sein Bedauern darüber aus, daß es dem „Christlich-Sozialen Volksdienst“ so wenig gelungen sei, sich durchzusetzen. Vielleicht finde er noch den Durchbruch, der ihm den Weg zur großen beachtlichen Volkspartei eröffne. Die Nationalsozialistische Partei sei in vielem nicht die Wege gegangen, die vor einer Arbeiterbewegung bestehen könnten.

Aber auch dort gingen Wandlungen vor sich, die die Hoffnung aufkommen ließen, daß auch diese Partei nach einer Läuterung zu einem wertvollen Faktor im deutschen Volksleben werde. Er begrüße es, wenn auch die christliche Gewerkschaftsbewegung eine günstigere Beurteilung seitens der NSDAP. erfahre. Es wäre schade, wenn man mit ihr in Feindschaft zu leben gezwungen sei.

Mit einem kräftigen Appell, zu arbeiten und zu ringen und sich vor allem geistig weiterzubilden, riß Kollege Wieber am Ende seiner Ausführungen seine Zuhörer noch einmal hoch. Er fand bei jedem Teilnehmer innerste Zustimmung, als er temperamentvoll ausrief: „Und wenn man uns an Händen und Füßen fesselt, wir erkämpfen uns dennoch die Freiheit!“ Kollege Wieber schloß unter stärkstem Beifall seine Ausführungen mit einem Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband, „in dem sich alle, von der Spitze bis in die letzten Glieder hinein, einig sind“.

Kollege Schümmer (Köln)

Stattete dann dem Kollegen Wieber den Dank der Angestellten- schaft und der Mitglieder für die mühevollen Arbeit ab, die er trotz seines hohen Alters auf sich nehme. Sein Christentum, seine Energie und sein fester Glaube an die Sendung der christlichen Gewerkschaftsbewegung werde allen zur Nachahmung dienen. Er dankte dann Karl Schmitz, dem 2. Verbandsvorsitzenden, ebenso dem Verbands- kassierer Hegemann für ihre vorbildliche Verbandsarbeit. Er schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung: „Nichtswürdig ist der Stand, der nicht alles einseht für seine Ehre.“

Dann sprach der Vorsitzende Kollege Schmitz den Referenten, den Delegierten und Gästen den Dank des Verbandes aus. Er dankte vor allem den tausenden Vertrauensleuten, die in unermüdlicher Arbeit auch in schwerster Krisenzeit den Verband aufrechterhalten. Er dankte ferner den Vertretern der ausländischen Bruderverbände.

Wir sind eine christliche und nationale Bewegung, und wir tragen unsere Liebe zum Vaterland und zur Heimat in unseren Herzen. Darum sehnen wir uns danach, daß die Menschheit herausgeführt werde aus den Niederungen des Hasses und der Verbitterung. Wir können nur wünschen, daß aus heißer Liebe um Vaterland auch der Gedanke der Gemeinschaft aller Menschen emporwächst.

Er schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland. Stehend sang die Versammlung dann das Deutschlandlied.

Damit hatte die Generalversammlung ihr Ende erreicht.

* * *

Kollegen! Die Generalversammlung ist beendet. Sie hat Weg und Ziel gezeigt. Jetzt gilt es, die geleistete Arbeit fruchtbar zu machen im ganzen Lande. Tue da jeder seine Pflicht! Wohl stürmt die Reaktion gegen die Gewerkschafts-



„Wertlos wie ein Continental“, hieß es bald im Volk. 1789 wurde A. Hamilton Finanzminister. Ganz heimlich, in unnahbaren Kreisen der Finanz und Politik erblühte bald das Gerücht, dieser Schächer wolle im Kongreß ein Gesetz durchdrücken zur Umwandlung der alten Gutscheine in festverzinsliche, richtiggehende Staatsanleihe — al pari obendrein.

Der innerste Ring um Hamilton machte die Information schleunigst zu Geld; ein Kongreßmitglied mietete die schnellsten Schiffe, ließ sie mit Bargeld beladen, die Küste hinabfahren, und ehe die Bauern, Viehzüchter,

Krämer, tief im weiten Land verstreut, auch nur ahnten, um was es ging, waren ihnen durch geschickte Agenten fast sämtliche Gutscheine um einen Pappenstiel abgeklopft worden. Was früher in kleinen Posten über die Union verstreut gewesen war, befand sich auf einmal in den Händen ganz weniger Städte gehäuft. Das Jahr darauf legte Hamilton wahrhaftig dem Senat sein Gutachten vor. Kämpfe gab es noch die Menge, Geschrei, bunten Skandal, grelles Auf und Ab, doch natürlich siegte seine Partei, obendrein mit besonders häßlicher Spitze, denn da die neuen Staatsanleihen festverzinslich waren, so mußten schließlich dieselben Farmer, Krämer, alten Soldaten, also die ursprünglichen Inhaber, durch Steuern auch noch die Zinsen bis zum jüngsten Tag aufbringen für jene, die sie um ihrem Besitz geprellt hatten mit Hilfe von Kongreß, Senat und Finanzminister (Warshaw).

Dieser Finanzminister, die anerkannt überragende Figur der Zeit, verließ sein Amt so völlig arm, wie er es angetreten; er verdiente an der Sache selber nicht einen Cent, während B. Morris 18 000 000 Dollar, Jeremiah Wolcott 9 000 000 Dollar, Governor Clinton 5 000 000 Dollar mit einem Griff einsackten. Bei ihm war es reiner Idealismus gewesen. Er hielt nämlich nichts von Demokratie.

Einem Pionier so kühnen Stils waren alle diese dumpfen Bauern wie Regenwürmer: unentbehrlich für den Humus, für die Ernte. Schön. Läßt man deshalb Regenwürmer regieren? Ins Unerhörte sollte ein anderer Schlag diese neue Welt treiben. Er war von diesem Schlag. Ein exotisches

Genie, gesteigert durch die Seele eines neuen Mutterbodens: Amerikas gesunderer Sohn. Einwandererknabe aus Westindien, den man Zeit seines Lebens „Bastard eines schottischen Lumpensammlers“ geschimpft. „Seit langem habe ich es verlernt, mich um die öffentliche Meinung zu scheren“, schrieb er 1794 an Washington, um dessen Meinung er sich übrigens ebensowenig schor, ohne ein Fehl daraus zu machen.

Was Hamilton wollte, war eine starke, unabhängige Regierung, stützmäßig unterstützt durch stahlharte Rassemenschen von hoher Universal-



bewegung. Sie weiß, warum. Ist dieser einzige feste Schutz-
damm für des Arbeiters Recht, Schutz, Ehre, Freiheit, An-
erkennung und Gleichberechtigung zerstört, dann hat man
leichtes Spiel mit der Arbeiterschaft.

Kollegen! Eine große Aufgabe ist uns hier in dieser Zeit
gestellt. Wir tragen eine gewaltige Verantwortung für die

Gegenwart und noch mehr gegenüber der Zukunft. Weil wir
uns dessen bewusst sind, deshalb setzen wir unsere ganze Kraft
ein im Kampf um die Lebensrechte der deutschen Arbeiter-
schaft. Beste Stütze in diesem Kampf ist und bleibt allezeit
unser Christlicher Metallarbeiterverband!

G. P.

Die Beschlüsse der Generalversammlung

Mie im Tagungsbericht schon angeführt, nahm
die Generalversammlung zu den schwebenden
Fragen, die besonders auch die Arbeiterschaft
berühren, nach einem eingehenden Referat des
Kollegen **Mauer** (Dulsburg) Stellung. Die
einheitliche Willensmeinung kommt in folgenden

Entschliefungen

zum Ausdruck:

Gegen Arbeiterentrechtung und Lohnentziehung — für einen Belastungsausgleich.

Die 13. Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes
Deutschlands erhebt gegen die Zerschlagung von Recht und Inhalt der
Arbeits- und Tarifverträge, die einseitige Begünstigung von Unter-
nehmungen, die Verelendung der Löhne, sowie gegen die sonstigen Ge-
fahren und Schäden der Notverordnung vom 4. September und ihre
Ausführungsbestimmungen vom 5. September 1932 schärfsten Protest und
fordert eine Umkehr von dieser Politik.

Durch die Notverordnungen werden die schon ohnehin unauskömm-
lichen Löhne zu wirklichen Hunger- und Elendslöhnen herabgesetzt. Ins-
besondere, weil fast die gesamte Arbeiterschaft zumest in starker Kurz-
arbeit steht und ihre Lohnneinkommen nicht selten den Sähen der Fürsorge
für Arbeitslose gleich gering sind.

Die Notverordnungen sind eine einseitige Belastung aller Handarbeiter.
Ein Ausgleich muß dadurch herbeigeführt werden, daß die Lohnabzüge,
die ab 15. September 1932 eintreten, den Arbeitern gutgeschrieben und
vom Deutschen Reich als Selbstschuldner übernommen werden. Die
Auszahlung dieser Beträge hat in dem Jahre nach dem Fortfall der Zu-
wendungen an die Unternehmer zu erfolgen.

Von diesem Lohnabzugsguthaben dürfen den Arbeitern, welche Ar-
beitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung aus der Versicherung und Zu-
wendungen aus der Wohlfahrtsfürsorge, einschließlich jener, welche wegen
unzulänglicher Löhne zeitweise Wohlfahrtsbeihilfen erhalten, diese Be-
träge nicht eingezogen werden.

Gegen die Verelendung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter.

Durch die langandauernde Kurzarbeit, die dadurch erhaltenen Hunger-
löhne, sowie durch die sehr verschlechterten, unauskömmlichen Unter-
stützungen stehen die Kurzarbeiter- und Arbeitslosenfamilien in größter
Verelendung und Verzweiflung, besonders auch die allerärmsten Opfer
der Notzeit: alleinstehende Ältere und Jugendliche.

Die spärlichen Bezüge reichen neben Bezahlung der Miete und des
Schlafgeldes noch nicht einmal aus, um die Betroffenen vor dem Hunger
zu schützen. Hinzu kommt, daß durch die langandauernde Krise das
Allernotwendigste an Kleidung, Schuhzeug, Wäsche, Wohnungs- und
Unterhaltungsgerät völlig verbraucht ist und die Wohnungen verkommen.
Ergänzungen sind besonders für den anbrechenden Winter erforderlich,
der auch noch neue Aufwendungen für Brand, Licht, Aufenthalt usw.
benötigt.

Ihre Rettung muß daher wieder das erste Gebot für Reich, Staat und
Gemeinden, für Gesellschaft und Wirtschaft werden. Die unserer Zeit und
Kultur hohnsprechenden Hungerlöhne und Hungerunterstützungen sind zu
beseitigen und wieder auskömmlicher zu gestalten. Für den Winter ist
für alle diese Opfer eine besonders fühlbare schnelle Hilfe erforderlich.

Tarifverträge und Schlichtungsweisen.

Die 13. Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes
Deutschlands erklärt zum Kampfe um Tarifverträge und Schlichtung:

Rechte und Praxis der Tarifverträge und Schlichtung haben sich im
allgemeinen gut bewährt. Diese Rechte und Mittel einschließlich Ver-
bindlichkeitsklärung sind deshalb unter allen Umständen und auch ihren
Zwecken entsprechend zu erhalten und weiter anzuwenden.

Der durch die Verordnung der Reichsregierung unternommene Einbruch
in das verfassungs- und gesetzmäßig festgelegte Recht des Tarifvertrages,
der Vertragsparteien, insbesondere jedoch in die Unabdingbarkeit und
in den Inhalt der Tarifverträge, ist unberechtigt und daher entschieden
zu bekämpfen. Die dadurch heraufbeschworenen schweren Gefahren und
Schäden sind für die Rechtsicherheit und die Zwecke der Tarifverträge
überhaupt unübersehbar.

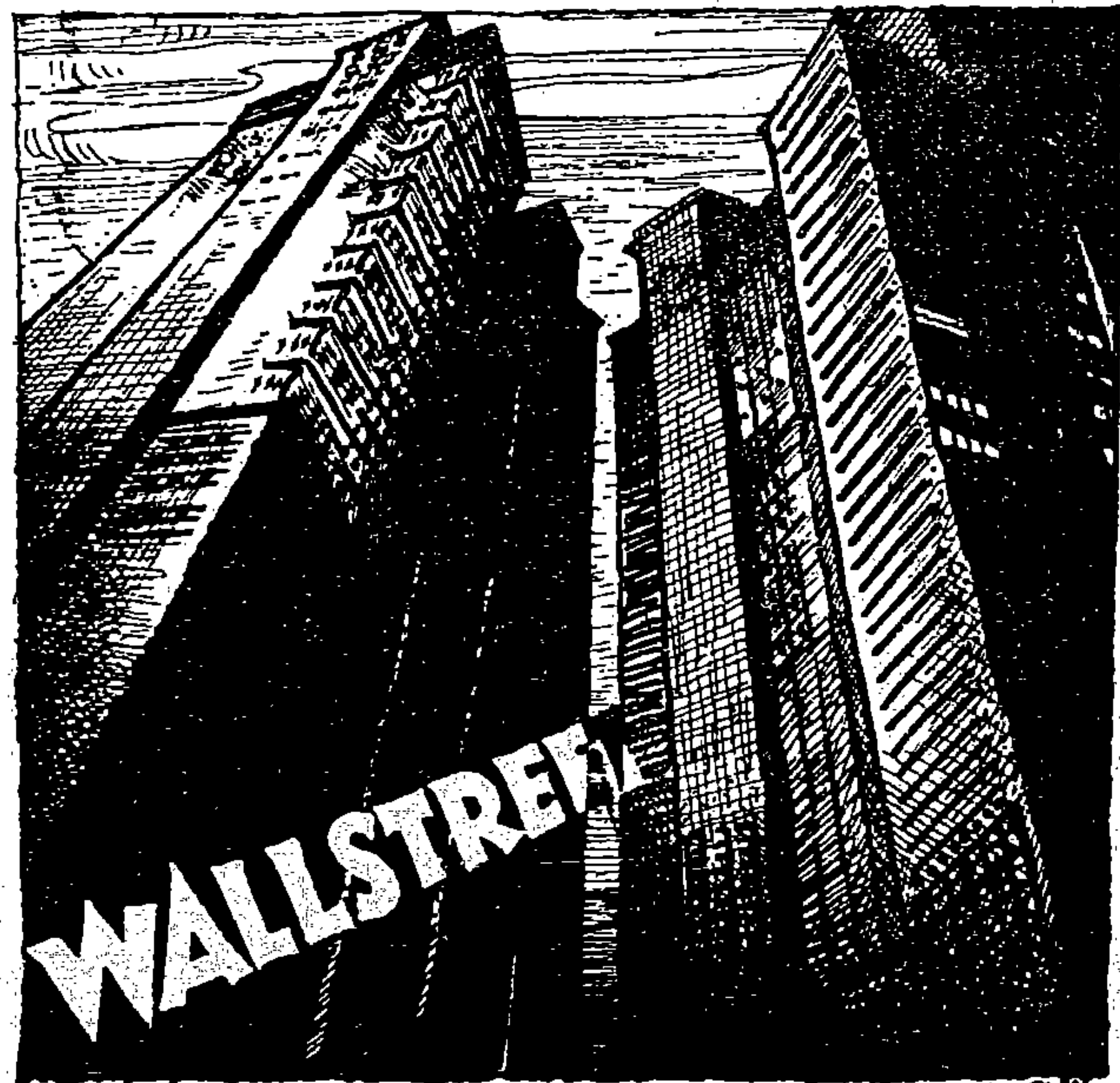
Das Verlangen nach zweckmäßiger Verkleinerung von Tarifvertrags-
gebieten, nach Trennung nicht zusammengehöriger Gewerbe und Berufe,
entspricht den eigenen langjährigen Bestrebungen des Verbandes. Dieses
Ziel ist daher weiter zu erstreben.

bildung. Etwas wie skrupellose Gentlemen, Wikinger der Industrie. Was
er nicht wollte, war, dem kleinen Mann erst jeden Nickel aus dem Spar-
strumpf herauszuschmeißeln zu müssen oder in den Wartezimmern eines
geföhlichen Bürokratismus steinalt und kleinwinzig zu werden. Damals
war ja die Zeit nicht nur Geld, sondern das Leben selbst.

Mit seiner finanziellen Prätorianergarde hinter sich, hat er tatsächlich
beispiellos rasch Unerhörtes für Gegenwart und Zukunft der Union ge-
leistet, deren eben erklämpfte Unabhängigkeit von England ja noch vorerst
auf dem Papier stand. Um sie wahr zu machen, hieß es sich frei aus-
richten im Leeren. Alle Werte gleichsam ganz und von vorn wieder aus
dem Samen ziehen, eine feste, einheitliche Währung schaffen, eine
Nationalbank gründen, um die Union kreditfähig zu gestalten. Es galt
Industrien aus dem Keim zu entwickeln, jede Erfindung, jede Verbesserung
unverzüglich im ganzen Land wirksam zu machen, wirklich so ziemlich
alles aus dem Nichts zu stampfen und womöglich über Nacht. In diese
Arbeit für recht optimistische Titanen stürzten sich die finanziellen Prä-
torianer mit Temperamenten, so schöpferisch wie skrupellos, vielleicht so
schöpferisch weil skrupellos, denn eine nicht völlig tadelnswerte Vor-
scheidung hat es so gefügt, daß in Perioden der Hochspannung eine vielleicht
hemmende Ethik meist bei den Jowieso praktisch Unfähigen (und damit
aus dem Weg geräumt) bleibt; tauschen doch in solchen Zeiten Egoismus
und Altruismus ihre Wirkungen wunderbar aus. Je wilder damals, als
Hamilton führte, für den eigenen Vorteil geschafft und gerafft wurde,
desto rascher gedieh das Land: doppelte Moral bestand offen zu Recht: wer
draußen in der Prärie einem andern das Pferd stahl, wurde erschossen,
wer in Wallstreet dem andern Millionen stahl, wurde bejubelt.

„Wallstreet“ im heutigen Sinn einer Geldverkehrsstraße, durch die das
Nationalvermögen fließt und von Stunde zu Stunde neu bewertet wird,
gibt es genau genommen, seit jener berühmten Umwandlung von Kriegs-
bonds in Staatsanleihe. Damit dieser bald ein lebhafter Handel werde,
krafen sich die freien Makler, um gegen eine bestimmte Vermittlungs-
gebühr Käufe und Verkäufe in Wertpapieren zu vermitteln, täglich unter
dem alten Buttonwoodbaum, der vor Nr. 78 bis 80 in Wallstreet stand.
Unter diesem Baum der Erkenntnis von Hausse und Baisse entwickelt sich
die erste regelrechte New Yorker Börse. (Heute ist so ein Maklerplatz 270 000
Dollar wert.) Der Buttonwoodbaum und die Taverne John Simons, vor

deren Tür die Schweine fröhlich im Morast wühlten, waren so ziemlich
als einziges nach der Besetzung und Zerstörung durch die Engländer
übriggeblieben; wenige Jahre nach dem Unabhängigkeitskrieg aber hatte
man „trinity church“ wieder aufgebaut, ein neues Rathaus, und in



Um die Sozialversicherung.

Die 13. Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands protestiert entschieden gegen die Verkümmern und Auslöschung der Rechte und des Inhalts der Sozialversicherung sowie gegen die Auslieferung derselben an die Regierung Papen durch deren eigene Notverordnungen.

Die Ungerechtigkeit der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist ein deutliches Zeichen dafür. Würden doch hier ausschlaggebende Unterstützungsansprüche, so bei der Arbeitslosenversicherung, fast völlig aufgehoben oder stark herabgesetzt, ferner die Unterstützungsleistungen allgemein und stark, fast bis zur Hälfte rückstandslos vermindert. Nur die Rechte und Leistungen der Versicherten wurden hierbei betroffen, eine Vereinfachung, Verwaltungsreform oder sonstige Verbilligung der Versicherung enthielt diese Verordnung jedoch nicht.

Diese Unerträglichkeiten sind daher wieder zu beseitigen, die Unterstützungsätze wieder zu erhöhen. Entschieden ist zu verlangen, daß die Vereinfachungs- und Verbilligungsabsichten nach der Notverordnung vom 4. September 1932 unter allen Umständen an den Leistungen, am Charakter und Zweck der Versicherung haltmachen.

Insbesondere ist erforderlich, daß in der Arbeitslosenversicherung das Versicherungsprinzip aufrechterhalten und länger gewährleistet wird, daß bei der ganzen Arbeitslosenhilfe die Bedürftigkeitsprüfung berechtigter vorgenommen wird und die Ortsklasseneinteilung wegfällt.

Die Invaliden- und Altershilfe bedarf dringend einer Erweiterung dergestalt, daß die Invaliditätsgrenze auf 50% der Berufsunfähigkeit und die Altersgrenze auf 60 Jahre herabgesetzt wird. Witwenrente ist auch ohne Arbeitsunfähigkeit zu gewähren. Auch sonst ist die Invalidenversicherung stärker ähnlichen öffentlichen Pensions- und Hinterbliebenenkassen anzupassen und mit diesen zu verschmelzen.

Beschäftigungsverpflichtung und Entlassungsschutz.

Wo sich Unternehmungen der sozialen Pflicht entziehen, ihre älteren, beschädigten und nicht mehr vollleistungsfähigen Arbeiter weiter zu beschäftigen, sind die Unternehmungen gesetzlich dazu zu zwingen. Insbesondere jedoch dann, wenn solche Arbeiter längere Zeit im Betrieb beschäftigt waren, vor allem, wenn sie hier beschädigt wurden.

Sind wirklich die Möglichkeiten hierzu nicht gegeben und können sie nicht geschaffen werden, so ist diesen Entlassenen die volle Entschädigungssumme zu zahlen, die das Betriebsrätegesetz für Entlassungen infolge unbilliger Härte, in der Höhe eines halben Jahresarbeitsverdienstes, vorsieht.

Darüber hinaus sind solchen Unternehmungen für die Abwälzung dieses Risikos, wodurch die sozialen Fürsorgestellen besonders stark belastet werden, angemessene höhere Beiträge und Steuern aufzuerlegen.

Daselbe ist auch gegenüber jenen Unternehmungen berechtigt und notwendig, die möglichst schnell produzieren und Aufträge erledigen, um so rasch Betrieb und Arbeit wieder ruhen lassen zu können.

Unternehmungen hingegen, die nachweisbar diesen sozialen Pflichten genügen, diese Betriebs- und Arbeitsmethoden nicht übernehmen, sind hinsichtlich der Sozialbeiträge und Steuern entsprechende Erleichterungen zu gewähren.

Der bestehende gesetzliche Entlassungsschutz ist zu erweitern und zu verschärfen. Insbesondere bei Massenentlassungen, Betriebsstillegungen, so-

wie bei aller Mitarbeit am Betriebsrätegesetz, einschließlich für Betriebsobmänner und Kleinbetriebe. Eine einmalige Krankheit, auch wenn sie länger dauert, ferner normale Krankheitswiederholungen und völlig ausgeheilte abschreckende Krankheiten, dürfen kein Grund mehr sein zur fristlosen Entlassung, noch zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Bei Wiederaufnahme stillgelegter oder eingeschränkter Betriebe sind entlassene Arbeiter wieder zuerst einzustellen.

Arbeitszeit — Arbeiter- und Lehrlingsschutz.

Bei der Massenarbeitslosigkeit und der überstürzten Arbeitsintensität ist eine weitere gesetzliche Verkürzung der normalen Arbeitszeit erforderlich, insbesondere dort, wo noch über 48 Stunden wöchentlich hinaus fast andauernd Überarbeit geleistet wird. Während ersteres zumal in den größeren durchgehenden Betrieben der Fall ist, ist letzteres auch in manchen mittleren und kleineren Betrieben wahrzunehmen. Neben dieser Herabsetzung der Höchstarbeitszeit ist jedoch für deren Einhaltung notwendig, Arbeitgeber- und Betriebsvorsorge für Verstöße strafrechtlich schärfer zu verfolgen.

Die Neuregelung der Arbeitszeitfrage hat nicht nur ihre Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft. — Auch in den übrigen Industrieländern Europas gewinnt die Erkenntnis Raum, daß zur Herbeiführung geordneter Wirtschaftsverhältnisse und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit eine Senkung der Arbeitszeit durchgeführt werden muß. Die Generalversammlung begrüßt das Streben nach einer internationalen Arbeitszeitregelung, vor allem auch nach der neuerdings geforderten 40stündigen Arbeitswoche.

Bei Arbeitgebern, die mit der Zahlung von Löhnen an ihre Arbeiter im Rückstande blieben und bei denen zur Pfändung geschritten werden mußte, ist die Pfändungsgrenze auf das wirklich Notdürftigste herabzusetzen.

Gegenüber den vielen Ausfahrungen, ja Aufhebungen begonnener und zum Teil schon abgelaufener Lehrverhältnisse, durch Einschränkung und Stilllegung von Betrieben, ist eine größere Sicherung der vollen Erfüllung der Lehrverträge erforderlich, mit dem Ziel zur Ablegung der Gesellen- oder Facharbeiterprüfung. Hierzu sind zunächst die einzelnen Lehrherren mehr zu verpflichten oder die Berufs- und Gewerbegeleichen in Verbindung mit den zuständigen Wirtschaftskammern.

In einer weiteren Entschliessung zum Schutz der Grenzgebiete

wird, fußend auf den Beschlüssen der Generalversammlung 1928 von Saarbrücken, erneut die beschleunigte Schaffung von Verkehrswegen aller Art zur Erhaltung und Belebung der Wirtschaft der Grenzgebiete im Osten und Westen gefordert. Weiter ist auf beschleunigte Fertigstellung des Mittel-landkanals zu drängen.

Eine Entschliessung zur Arbeiterinnenfrage

beschäftigt sich mit der Frauenarbeit in der Eisen- und Metallindustrie und fordert Sicherung von Leben, Gesundheit und Würde der Frau.

Prunk und Pracht „Cotins Café“ als Treffpunkt für alles, was Handel und Politik trieb; doch entstanden im Gegensatz zu früher wenig Privathäuser. Dafür schossen Banken wie die Pilze auf. Ehedem war hier der Sklavenmarkt gewesen, der Pranger und die Kirche. Als sich später immer mehr der angesehensten Bürger unter den 30 000 Einwohnern Neuyorks in der Straße ansiedelten, erregte der Markt an gleicher Stelle Anstoß und wurde verlegt. Darum zog ein anderer mächtiger Bürger und Bewohner Wallstreets, Captain William Kidd, die führende Persönlichkeit unter den Sklavenhaltern, von hier fort und wurde anderwärts — Pirat. Das schlichte Herz, es ahnte nicht, daß nur ein bißchen Geduld vonnöten gewesen wäre, denn 1791 hatte Wallstreet bereits den ersten, geradezu vorbildlichen Krach, bei dem die ortsansässigen Piraten, nachdem sie rechtzeitig zu Höchstkursen „ausgestiegen“ waren, selber die Contremine dirigierten; das große Publikum aber stand abgebrannt da, bevor es noch Lunte gerochen hatte. Mit gestirnhafter Regelmäßigkeit wiederholt sich dieser, immer gleich einfache Vorgang seither in psychologisch meisterhaft bemessenen Zwischenräumen, die nie länger sind als unbedingt nötig, bis neue Mittel und neue Oer sich in breiten Schichten wieder genügend angestaut haben, wobei die Schwankungen der Wirtschaft natürlich geschickt mitberechnet und benützt werden, wohl auch den ersten Anstoß geben.

Wer da von „Auswüchsen am Volkskörper“ faselt, mag gut und gern die Kartoffel einen „Auswuchs“ nennen, statt in ihr die Wurzel des ganzen Gewächses zu sehen. Leichter Hand und leichter Herzens alles gewinnen, alles verlieren können, die tiefe Wollust des tollsten Risikos, die Sieberkurve des Schicksals, die Spielbreite von ganz arm — ganz reich in Stunden zusammengepreßt genießen, als Steigern des Lebensgefühl, das liegt dieser Rasse von Abenteurern, Pionieren, Goldsuchern, als Urtrieb im Blut. Solch elementarem Drang nach Spannungen genügt sogar die Börse allein bei weitem nicht. Als Ergänzung kam dem Nationalinstinkt daher die „Prohibition“ sehr gelegen mit ihren phantastisch frischen Möglichkeiten im „Bootleggertum“, mit Banden, Schmugglerflotten und dem doppelten Rausch von Alkohol und Gefahr nebst allem, was dazu gehört. Dazu gehört: Sich nicht im mindesten entrüsten, wenn es auch ringsum sinkt und prasselt von Bestechungskandalen und Korruptionsgeschichten. Entrüstung ist in diesem Land für anders da. Sie raste unlängst gegen einen Mann, der in



Neuyork Spielzeug und Decke aus einem Kinderwagen nahm — einem Kind etwas nahm — wie schäbig, schüftig! Auf sieben Jahre ins Zuchthaus mußte er dafür unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Jeden hundertprozentigen Amerikaner zieht es schon von Bluts wegen zur Spekulation, nur in der Wahl des Objekts entscheidet dann der persönliche Geschmack. So spekulierten im Sezessionskrieg der sechziger Jahre die Frauen in Gold, die Pfarrer in Petroleum, Juristen neigten zu Eisenbahn-

Mit den gesteigerten betrieblichen Aufgaben befaßt sich eine weitere Entschlepfung, die der Verbandsleitung als Material für ihre Bestrebungen in dieser Richtung dienen wird.

In drei weiteren Entschlepfungen: Steuern, Zölle und Abgaben — Drofflung der Eisen- und Metallwirtschaft — Um die Automobilindustrie wird eingehend zu den für die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie aus der Wirtschaftspolitik der Regierung Papen entstehenden schweren Schädigungen Stellung genommen. Auch in diesem Falle wird die Verbandsleitung das zusammengetragene Material für ihre weiteren Arbeiten verwerten.

Mit dem Verkehrswesen befaßt sich eine weitere Entschlepfung, in der besonders eine Anpassung der Fahrpreise für Arbeiter-Wochen- und Sonntagsrückfahrkarten sowie der Fahrpreise für Urlauber an die gesunkenen Einkommen der Arbeitnehmer gefordert wird. Vorstand und Verbandsleitung werden alles, was in ihren Kräften steht, tun, um den Forderungen der Generalversammlung Geltung zu verschaffen. G. P.

Verbandsgebiet

Wilhelm Thelen 25 Jahre im Dienste unseres Verbandes in Mannheim

Am 1. Oktober feierte Kollege Wilhelm Thelen sein 25jähriges Jubiläum als Angestellter des Christl. Metallarbeiterverbandes. Die gesamte christliche Arbeiterschaft, jedoch besonders der Christl. Metallarbeiterverband und dessen Kollegenschaft, haben in den 25 Jahren der pflüchbewußten und opferbereiten Tätigkeit des Kollegen W. Thelen, die immer und jederzeit der geistigen und materiellen Besserstellung unseres Arbeiterstandes gegolten hat, den Ruhm und Erfolg eben dieser gern geleisteten Arbeit voll und ganz verspürt und auch zu würdigen verstanden. Wir haben deshalb den Wunsch und die gern getätigte Verpflichtung, unserem lieben, in seiner Arbeit alt und grau gewordenen Jubilar unsere allerherzlichsten Glückwünsche auszusprechen und ihm alles Gute und Wohlergehen in seiner ferneren Zukunft, von welcher auch wir als christliche Metallarbeiter unser Gutes erwarten, zu wünschen.

aktien, die Kaufleute blieben der Warenspekulation à la baisse in Getreide und Baumwolle à la hausse in Kupfer und Salz" treu. (Medberry.) Es gibt gar keine Menschenart, die dem Kommunismus, wie überhaupt jeder Flucht vor dem Daseinskampf ins Sozialrentnerium so instinktmäßig entgegenstünde wie dieses.

Das Heroenzeitalter.

Die ersten Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts waren die hohe Zeit einer wirklich schöpferischen Spekulation von hinreißendem Schwung; ihre Träger die Astors, Browns, Vanderbilts, Laurences, Abbotts, Brookes. 1810 fahren schon die ersten Dampfer auf dem Mississippi, 1825 wird der Erieanal durchstoßen, durch Wallstreets Vermittlung strömen 400.000.000 Dollar fremdes Geld zu Anlagezwecken in die Union. Eisenbahnen breiten sich im Lande aus „wie Masern in einer Volksschule“. Später auch viel überflüssige „von nirgendher nach nirgendhin“, wie der alte „Commodore“, der Befehlshaber Cornelius Vanderbilt, zu sagen pflegte. Er selbst war als Pionier der Schifffahrt mächtig geworden, hatte die ersten Dampferlinien nach Uebersee geschaffen, den ersten regelmäßigen Verkehr mit Mittelamerika durchgesetzt, was soviel wie einen ganzen Kontinent dauernd unter Bestechung halten, höflicher gesprochen. Seine Politik lenken ließ schon über 70 Jahre alt warf er sich noch auf Eisenbahnen, und damit hebt das klassische „Heroenzeitalter“ Wallstreets an, mit seinem „Trojanischen Krieg“, denn wie einst um Helena, so wurde jetzt und hier zehn Jahre um die „Erie“, die große Ost-West-Eisenbahn, gerungen. Sie war die herrlichste im ganzen Lande und eine Eisenbahn, damals geraubt, besessen und mißbraucht von Drew, Fisk und Jay Gould.

Wenn die Käse Fische fressen will, darf sie sich nicht scheuen, nasse Pfoten dabei zu kriegen, war schon des Knaben Daniel Drew Lieblingspruch. In diesem Sinne wurden „Onkel Dans“ Pfoten später nie mehr trocken. Ohne einen Cent in der Tasche fing er an, schlug sich bald als Schankwirt, bald als Zirkusmann durch; seine Viehhändlerstätigkeit aber war es, die die Börsensprache bereichert hat bis zum heutigen Tag. „Verwässern“ von Aktien ist als Ausdruck nachgebildet dem „Verwässern“ von Lebendgewicht und stammt aus der Zeit, da es „Onkel Dan“ einmal „lang dem Fleischer Henry Astor mit Salz gefütterte, dann maplos vollgehoffene Kühe zu Rekordpreisen anzuhängen. Aus seinen Comboytagen blieb ihm auch die Gewohnheit, jede Eisenbahn als Melkkuh zu betrachten; aus der Zirkuspraxis, die er später zur Finanzakrobatik verfeinerte, die stinke Magerkeit des Körpers — er war vom Henry-Ford-

Wir wissen, daß sein Wirken in Mannheim gerade in der Anfangszeit ein nicht allzu roßiges Schaffen für ihn war. Hatten doch gerade unsere christlichen Gewerkschaftsführer im Mannheimer Industriegebiet einen ganz intensiven Kampf nicht allein gegen das Unternehmertum zu bestehen, sondern leider auch gegen die damals ganz fanatisierte rote Gewerkschaftsbewegung.

„Die Christen sind schlimmer als die Roten.“ Dieser von Geheimrat Kirsdorf im Jahre 1906 geprägte Satz veranlaßte den Jubilar, mit um so größerer Freude an die Standesarbeit zu gehen. Wir, seine Freunde, und nicht zuletzt die gesamte Arbeiterschaft haben in Thelens Wirken eine ganz heroische Arbeit. Die Geschichte unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes im hiesigen Industriegebiet ist mit dem Namen Thelen aufs engste verknüpft und hat sich einen hervorragenden Platz in der Geschichte der Gesamtarbeiterbewegung erobert. H. Vogt.

Bekanntmachung

Sonntag, den 16. Oktober 1932, ist der 43. Wochenbeitrag fällig.

St. Ingbert-Brebach. Infolge der Verschmelzung beider Verwaltungen tritt eine Aenderung in der Rechtschutztätigkeit ein. Für St. Ingbert Dienstags von morgens 8 Uhr bis mittags 12 Uhr und von 2 Uhr mittags bis abends 6 Uhr. In Brebach jeden Mittwoch von morgens 6 Uhr bis mittags 3 Uhr. Es ist dadurch den Kollegen der Nachschicht Gelegenheit gegeben, den Rechtschutz morgens in Anspruch zu nehmen. In Ensheim jeden Mittwoch von nachmittags 3 Uhr bis abends 6 Uhr.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter:

Hauptteil:

Unsere 13. Generalversammlung in Königswinter (G. P.); S. 569. Die Beschlüsse der Generalversammlung, S. 578.

Verbandsgebiet:

Wilhelm Thelen 25 Jahre im Dienste unseres Verbandes in Mannheim (S. Vogt), S. 580.

Unterhaltung:

Wallstreet (Sir Galahad), S. 576.

Bekanntmachung:

Seite 580.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und Druckerel. e. G. m. b. H., Duisburg.



„Mit Salz gefüllt und maplos vollgehoffen“.....

Typ mit dem kleinnasigen Jungengesicht —; das Schankgewerbe endlich hatte ihn gelehrt, alle die Summen zwischendurch aufs beste auszurufen, die ihm Gäste zur Aufbewahrung anvertraut hatten. Drews Seele teilten zwei Leidenschaften: in Wallstreet Freund und Feind womöglich gleichzeitig hineinzulegen, im Privatleben Kirchen und theologische Seminare stiften. (Fortsetzung folgt.)